

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Bestellungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Versteht täglich außer Montags.

#### Die Inserations-Gebühren

beträgt für die sechspaltige Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Insetate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 21. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Ein Zeugnis gegen die Getreidezölle.

Als man den Direktor des reichsstatistischen Amtes vor wenigen Monaten bestattete, nahm die Öffentlichkeit an dem Tode dieses Mannes nicht mehr Anteil als an dem Tode irgend eines anderen Geheimrates. Und doch war einmal Herr v. Scheel mehr. Er wurde erst ein stiller, sehr stiller Mann, als er von der Universität Bern an das Statistische Amt des Deutschen Reiches berufen wurde; vorher hat er manch deutlich und mutig Wort gewagt, manche Schrift herausgegeben, die entschiedener von der alten Nationalökonomie ablehnte als die Arbeiten Schmollers, Wagners u. a. Wir erinnern nur an das schon 1866 in einer Besprechung der Arbeiterfrage F. A. Lange niedergeschriebene Wort: „Das sogenannte System der Volkswirtschaft... ist überhaupt keine Volkswirtschaftslehre, sondern eine Kapitalistenwirtschaftslehre“. Und bei derselben Gelegenheit: „Dem Nationalökonomien sind eben die besitzenden Klassen identisch mit der Nation“. Auch seine völlig vergessenen Schriften „Die Theorie der sozialen Frage“, seine Ausführungen über die Erbschaftsteuer und die Frauenfrage waren keineswegs den herrschenden Klassen zu Dank geschrieben.

In den Kämpfen des heutigen Tages ist an einen Satz Scheels besonders zu erinnern: „... Wenn nun aber die Statistik nachweist, einen wie mächtigen Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung schon die kleinsten Preisschwankungen der Lebensmittel haben, so werden wir uns der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß es sich hier nicht bloß um allgemeine, unbestimmte Beziehungen der Bevölkerung zu den Lebensmitteln handelt, sondern daß das Leben eines sehr bedeutenden Teiles der europäischen Bevölkerung bis jetzt immer noch nichts ist als ein Ringen mit dem Verderben um die Existenz.“

Es handelt sich da nicht um einen einmal leicht hingeworfenen Satz, denn kurz vorher war die erste statistische Arbeit des späteren Direktors des reichsstatistischen Amtes erschienen, seine „Untersuchungen über den Einfluß der Fruchtpreise auf die Bevölkerungsbewegung“ (Hildebrands Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik VI. Band [1866] S. 161—185). Diese Arbeit beginnt mit dem Satze: „Daß das Wohlergehen und Wachstum der Bevölkerung eines Landes innig zusammenhängt mit der Quantität der gebotenen Subsistenzmittel, ist eine längst bekannte Tatsache.“ Hieran schließt sich eine kurze Uebersicht über die Vorgänge seiner Untersuchungen. Er weist da auf M. Messance hin, der zuerst, gestützt auf Zahlenreihen, die durch das Steigen und Fallen der Nahrungsmittelpreise herbeigeführte Vermehrung und Verminderung der Todesfälle in Frankreich für den Zeitraum 1674—1764 feststellte. Diese veröffentlichte Arbeit wies nach, daß in einer gegebenen Reihe von Jahren mit durchschnittlich niedrigerem Kornpreis die Sterblichkeit eine geringere sei, als in einer solchen mit durchschnittlich höherem. Scheel weist dann auf die gleichen Ergebnisse der Arbeiten von Meller, Legout, des größten Statistikers des XIX. Jahrhunderts Quetelet, Neuschling, Horns, Fars, Porters, Süßmilchs, Kolbs, Wappaeus, Roschers, Schäffles, E. Engels hin. Einige Zeit später hat bekanntlich G. v. Rahr, der ehemals reichsständische Unterstaatssekretär und Chef der amtlichen Statistik in Bayern, nunmehrige agrarische Leuchte an der Münchener Universität und, wenn es nach seinen Wünschen geht, künftiger Finanzminister Bayerns, überzeugende Beiträge zu dieser Frage geliefert, die er jetzt mehr vertuschend als glücklich bespricht.

Scheel untersuchte nun die Frage der Zusammenhänge zwischen Kornpreisen und Bevölkerungsbewegung für das Gebiet von Sachsen-Meiningen und den Zeitraum von 1835 bis 1864. Neben reichlichem Tabellenmaterial finden sich in zwei sehr anschaulichen graphischen Darstellungen die Resultate der Untersuchung veranschaulicht. Leider können wir diese nicht wiedergeben, wir müssen uns auf Worte beschränken. Auch der oberflächlichste Blick zeigt eine fast völlig übereinstimmende Bewegung der Trauungen, Geburten und der Kornpreise. Bei der langen Reihe von Jahren — gerade ein Menschenalter —, auf die sich die Untersuchungen v. Scheels beziehen, kann es sich nicht um einen handelsvertragsfreundlichen Zufall, sondern nur um eine innere Verwandtschaft dieser drei Faktoren der Jahresfruchtbarkeit unter einander, oder vielmehr um eine Abhängigkeit der Trauungs- und Geburtenverhältnisse vom Stande der Kornpreise handeln. Von 1842 auf 1843 gehen die Trauungen zurück, weil 1842 ein schlechtes Jahr war. Von 1844 ab gehen die Trauungen rasch zurück zugleich mit den Kornpreisen und befördert durch eine sehr schlechte Kartoffelernte, 1855 hebt sich die Trauungsziffer unter der Nachwirkung der letzten reichlichen Ernte. Für die Geburten läßt sich gleiches feststellen. Scheel kommt aus der Betrachtung der Linien seiner graphischen Darstellung zu dem Schlusse, „daß die Tatsachen der jährlichen Abhängigkeit der Geburts- und Trauungszahlen vom Stande der Kornpreise nur eine festere Bestätigung gewonnen hat; und wir können als weiteres Resultat aufstellen, daß die Kornpreise auf die Volksvermehrung, soweit dieselbe durch die Geburten bewirkt wird, einen wesentlich bestimmenden Einfluß üben“. Er führt hierüber in anderem Zusammenhang noch aus: „Eine im Verhältnis zur Bevölkerung ziemlich gleichbleibende Zahl heiratsfähiger Leute tritt jährlich mit dem Wunsche auf, eine

Haushaltung zu gründen. Ist nun die gegebene Quantität der Subsistenzmittel in dem betreffenden Jahre so gering, d. h. ist der Preis der Nahrungsmittel, der sich mit dem Kornpreis fast identifiziert, so hoch, daß nur die relativ bemittelten Heiratsbedürftigen Aussicht zur Durchführung einer ihren Verhältnissen entsprechenden Haushaltung haben, so werden nur diese eine solche gründen, die übrigen die Gründung hinauschieben resp. unterlassen; sind hingegen so viel Nahrungsmittel vorhanden, d. h. ist der Kornpreis so niedrig, daß auch die am wenigsten Bemittelten Mut und Mittel zur Gründung eines Hausstandes besitzen, so wird ein verhältnismäßig großes Quantum der Heiratsbedürftigen wirklich zum Heiraten kommen; hält sich endlich der Preis auf der mittleren Höhe, so sind die Mittellosten von der Gründung des Hausstandes ausgeschlossen. Hier haben wir bestimmte Verhältnisse, klare Tatsachen und Einwirkungen.“

In einer Periode, in der teurere Kornpreise nicht ausgeglichen werden können durch sicheren, leicht zu steigenden Verdienst der breiten Volksmassen, gewinnen die Ergebnisse der Untersuchung Herrn v. Scheels erhöhte Bedeutung.

Die Agrarier werden durch diese Ergebnisse der statistischen Forschung in ihrer frisch-froh-fröhlichen Arbeit für das Gedeihen des Junkertums nicht gehemmt werden, wozu hätten sie denn ihren Adolf Gotthilf Wagner, der seine „Rede über die soziale Frage“ wieder einmal ganz vergessen hat und auf seine alten Tage im Interesse der Agrarier unter die — Malthusianer gegangen ist, wozu hätten sie ihren Georg v. Rahr, der wie der selbige Scheel nun für die Agrarier „alles beweist“, ja selbstmörderisch seinen als Direktor des bairischen statistischen Bureaus und als Verfasser der „Gesetz-mäßigkeit im Gesellschaftsleben“ fest begründeten Ruf als eines der ersten Statistiker untergräbt. G. v. Scheel fühlte sich beengt, unselbständig, abhängig als Leiter des Reichsamtes für die Statistik, er war nachgiebig und ergab sich in die Fesseln, in die ihn sein Amt geschlagen hatte, aber er entmannte sich doch nicht so weit, daß er öffentlich das verleugnete, was er früher bekannt hatte.

Man betont im Deutschen Reich immer die militärischen Interessen, man weist auf die rasche Volksvermehrung hin und auf den Bevölkerungstillstand Frankreichs, der es einmal zu einer militärischen Macht zweiten Ranges herabdrücken wird. Die Agrarier sind die Enthusiasten für jede Forderung des Kriegsministers. Es wird ihnen vielleicht nicht ganz erwünscht sein, wenn man ihnen das Zeugnis des höchsten beamteten Statistikers des Deutschen Reiches entgegensetzt, der klar bewiesen hat, daß ihre Agrarpolitik von den bedenklichsten Folgen für die Vermehrung der Bevölkerung und damit auch für das Heereserzählgeschäft begleitet sein muß. Ueber die uns interessierenden Folgen des Einflusses der Kornpreis-Erhöhung auf das Zurückgehen der Bevölkerungsbewegung und auf das Steigen der unehelichen Geburten zum Schaden der ehelichen wollen wir uns mit ihnen nicht auseinandersetzen. Was versteht auch das Grautier vom Lautenschlagen!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

#### Der Reichstag

fährte auch am Montag die Debatte über die socialdemokratische Notstands-Interpellation noch nicht zu Ende. Wie an den beiden ersten Tagen wurden auch heute recht lange Reden gehalten, so daß aus dem Hause nur drei Redner zum Wort kamen. Den Anfang machte Genosse Hoch, der in einer mehr als zweistündigen Rede gegen den Grafen Posadowsky und die Vorkämpfer der bürgerlichen Parteien polemisierte. Besonders wertvoll war der erste Teil seiner Ausführungen, indem er an der Hand der Statistik die Arbeitslosigkeit des amtlichen Materials über die Arbeitslosigkeit prüfte und klarlegte, daß der Goldstrom der Hochkonjunktur den besitzenden Klassen zwar unerhörte Schätze herangebracht, bei den Arbeitern, zumal den schlecht organisierten, aber vorübergekauft sei, ohne ihnen nennenswerte Vorteile zu bringen. Angesichts der üblichen Schönfärberei wies unser Redner darauf hin, daß gerade in den letzten Jahren auf dem Schlachtfeld der Industrie zahllose Opfer gefallen, daß eine fürchterliche Zunahme der Betriebsunfälle für die Arbeiter das bleibende Ergebnis der abgelaufenen Periode sei. Unser Redner folgte aus alle dem, daß die Gesellschaft die Verpflichtung habe, die Arbeitslosen-Versicherung auf Kosten der Unternehmer durchzuführen. Scharfe Worte fand unser Redner auch gegen die komödiantische Arbeiterfreundlichkeit des Centrums und gegen die Posadowskische Socialreform. Den Schluß der Rede bildete die Besprechung des Verhaltens der Frankfurter Polizei zu den Arbeitslosen. Hier wurde der nationalliberale Vizepräsident Wasing merkwürdig nervös. Er mußte dem Redner auf, als dieser ein kurzes Citat verlas, ohne vorher die Erlaubnis des Präsidenten einzufordern. Dabei giebt es in der nationalliberalen Partei Leute, die eine außerordentliche Fertigkeit im Ableiten ganzer Reden an den Tag legen. Herr Wasing wollte auch nicht dulden, daß Hoch im Eifer des Gesechtes den Grafen Posadowsky persönlich anredete, ein Vorgang, der sich ähnlich in jeder dritten Reichstags-Sitzung wiederholt. Der Ausdruck „Standal und Provokation“ auf die preussische Polizei angewandt, galt dem Vizepräsidenten für unzulässig, der wirklich den Rat Singers befolgen und bald einen „keinen Wasing“ für den parlamentarischen Gebrauch herausgeben sollte. Sein vierter Eingriff in die Hochsche Rede brachte dem Redner schließlich einen Ordnungsruf.

Graf Posadowsky erwiderte recht mott und suchte durch Hinweis auf die Reform der Invaliditäts- und Unfallversicherungs-gesetze die Behauptung zu entkräften, daß in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges vom Reich nichts zum Schutz der Arbeiter gethan sei. Die Landarbeiterfrage behandelte er heute wieder sehr im agrarischen Sinne. Die Verantwortung für die Frankfurter Vorgänge lehnte er ab und verwies die Beschwörden ins Abgeordnetenhaus, in dem ja vorläufig noch keine Socialdemokraten sitzen.

Außer dem Staatssekretär nahmen noch zwei Regierungsvertreter das Wort. Geheimrat Behrmann suchte seinen Chef Zbielen, Graf Hohenthal den sächsischen Eisenbahn-Direktor zu verteidigen und die zollpolitische Einsicht der Verwaltungen zu preisen.

Für die Nationalliberalen sprach als zweiter Redner Herr Hilb. Der Vertrauensmann des westfälischen Kohlenhändlers suchte die Empörung über den Kohlenwucher auf die Händler abzuwälzen und die Preis- und Produktionspolitik des Syndikats zu rechtfertigen. Ueber die zur Debatte stehende Frage hatte er nicht viel zu sagen. Sehr hoffnungsvoll für die westfälischen Bergarbeiter klang der gelegentliche Rat des Redners nicht, sie als vorzügliche Erbauer beim Bau des Mittelkanals zu verwerten. Herr Hilb rechnete also mit großen Arbeitererwartungen und das stimmt nicht zu dem von andern bürgerlichen Blonswächtern vorausgesagten nahen Ende der Krise.

Herr Dr. Pachtke von der freisinnigen Vereinigung hat so ausschließlich den Postarist im Kopfe, daß er erst ganz am Schluß das eigentliche Thema mit dem Vorschlag berührte, zunächst eine Kommission einzusetzen, die die Frage der Arbeitslosenversicherung an den bisherigen Versuchen präsen sollte.

Damit endete für heute die Debatte. Vorher war der Antrag Wendt, der die Regierung ersucht, in einem Nachtragset für die Kriegsteilnehmer zu sorgen, von den anwesenden 42 Abgeordneten einstimmig angenommen worden.

Am Dienstag wird das Haus wohl voller aussehen. Die Parteiführer versuchen, die Säumnigen heranzuziehen, denn es stehen Wahlpflichten auf der Tagesordnung und bei der Entscheidung über das Mandat des Nationalliberalen Sieg dürfte es zu einer namentlichen Abstimmung kommen. Die Fortsetzung der Debatte über die Arbeitslosigkeit ist nicht auf die Dienstag-Tagesordnung gesetzt.

#### Abgeordnetenhaus.

Die durch eine Personenvertauschung herbeigeführte Verhaftung des durchaus unbefohlenen Elberfelder Kaufmanns Kule nam pff hatte den Nationalliberalen des preussischen Abgeordnetenhauses Veranlassung gegeben, die Regierung über die Maßnahmen zu interpellieren, die sie zu ergreifen gedenkt, um dem unschuldig Verhafteten Genehmigung für die erlittene Unbill zu verschaffen und im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit ähnliche Fälle für die Zukunft möglichst zu verhüten.

Die Besprechung dieser Interpellation bildete den Gegenstand der Tagesordnung der Montag-Sitzung. Gewiß ist es durchaus angebracht, derartige Mißgriffe, die keineswegs so selten sind, einmal einer parlamentarischen Kritik zu unterziehen, aber diese Kritik darf sich nicht, wie das der Fall war, auf Einzelheiten erstrecken, sondern das ganze in der preussischen Justiz- und Polizeiverwaltung herrschende System hätte gezeigelt werden, es hätte darauf hingewiesen werden müssen, wie sehr durch die Allgewalt der Polizei die persönliche Freiheit des einzelnen bedroht ist, wie unstetig unsere so gepriesenen Rechtszustände sind, Nichts von alledem geschah. Die Debatte verlief so schläfrig und langweilig, wie die meisten Debatten in diesem Hause, nicht zum wenigsten durch die Schuld des Interpellanten selbst, des Abg. v. Knapp (nl.), der in seiner Begründung eine langatmige Darstellung des durch die Presse hinreichend bekannt gewordenen Vorfalles gab, aber die großen Gesichtspunkte außer acht ließ.

In die Verantwortung hatten sich der Justizminister und der Minister des Innern geteilt. Herr Schönstedt verfuhr nach bekanntem Muster; er beschuldigte die Presse, daß sie den Fall zu sehr aufgebauscht habe, gab wohl zu, daß ein Richter zu übereifrig gewesen sei, entschuldigte aber im übrigen die Beamten seines Ressorts, von denen keinem ein großes Verschulden zur Last liege, und erklärte, daß der Fall zu einer Aenderung der Bestimmungen über die Untersuchungs-gesangenen keinen Anlaß biete.

Wohlthuend stach die Rede des Herrn v. Hammerstein von der seines Kollegen ab. Im Gegensatz zu Herrn Schönstedt räumte er unumwunden ein, daß die Behandlung des Kulekampff im Untersuchungsgefängnis nicht in der Ordnung gewesen sei; er gab auch zu, daß das Gefangenenväterpersonal sich nicht immer aus geeignetem Material rekrutiere. Der eine Hilfsaufseher ist wegen seines vor-schriftswidrigen Verhaltens bereits entlassen worden, ein Oberbeamter soll noch bestraft werden. Mit anderen Worten: die kleinen Sünder hängt man und die großen läßt man laufen. Die in die Affaire verwickelten Staatsanwälte und Richter gehen frei aus.

An der Debatte beteiligten sich die Abg. Marx (C.), Böbeil (L.), Schmidt-Eberfeld (fr. Vp.), Kewoldt (st.) und Wolf (fr. Vg.). Alle Redner stimmten darin überein, daß die Gehälter der Gefangenenväter aufgebessert und daß größere Mittel ausgeworfen werden müßten, um neue und bessere Gefängnisse zu errichten. Außerdem verlangte Abg. Schmidt ein einheitliches Strafvollzugs-Gesetz für das Reich, während Abg. Wolf mahnte, bei Verhaftungen mit äußerster Vorsicht vorzugehen, damit nicht wieder die gefeklichen Vo-



Stimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit außer acht gelassen wurden.

So verließ denn die Besprechung wie das Hornberger Schießen; dem unschuldigen Verhafteten ist die Genehmigung geworden, daß die Minister vor dem Lande ihr Bedauern über sein Mißgeschick aussprechen. Herr Schönstedt will ihm auch großmütig seine Auslagen erstatten. Aber an dem System wird nichts geändert werden, die persönliche Freiheit der Staatsbürger ist nach wie vor bedroht.

Verschiedene Redner streiften auch den Fall **Bredenbeck**, aber nur ganz oberflächlich. Sie erwarteten so dem Minister des Innern, sich eingehend darüber zu äußern; die wenigen Worte, die Herr v. Hammerstein darüber äußerte, fordern jedoch den lebhaftesten Widerspruch heraus. Der Minister bestritt nicht die Fesselung unsres Genossen, er fand auch kein Wort des Bedauerns, im Gegenteil, die Protestresolutionen des Vereins Berliner Presse und des Vereins deutscher Schriftsteller erschienen ihm unbegreiflich, weil Bredenbeck früher Bergmann gewesen ist und angeblich nur „Schriftsteller“ unsres Dortmunder Parteiblattes war. Diese letzte Behauptung steht mit den Thatfachen nicht im Einklang. Bredenbeck war Redacteur im vollen Sinne des Wortes; aber selbst wenn er nur Schriftsteller wäre, so hätte doch kein Anlaß zur Fesselung vorgelegen. Im übrigen ist Herr v. Hammerstein mit den Verhältnissen der socialdemokratischen Presse recht wenig vertraut; sonst würde er wissen, daß ein socialdemokratischer „verantwortlicher Redacteur“ auf die Gestaltung seines Blattes einen so entscheidenden Einfluß hat, daß ein Minister in Preußen oder im Reich ihn nur beneiden kann. Das sind in der That einflußlose „Schriftsteller“, welche nur verantwortlich zeichnen, ohne die Politik beeinflussen zu können.

Dienstag ist keine Sitzung, damit die Budgetkommission Zeit für ihre Arbeiten hat. Am Mittwoch beginnt die Beratung des Provinzialdotationsgesetzes.

### Der Blödsinn des Duells.

Der Wahnsinn des Duells konnte nicht drastischer ad absurdum geführt werden, als durch die hannoversche Duellaffaire. Daß dort der schmachvoll Beleidigte von dem Verführer seiner leichtfertigen Frau über den Haufen gemalt wurde, sobald seine fünf umhänghenden Kinder gleichzeitig des Vaters und natürlichen Beschützers beraubt wurden, ist noch der schwächliche dieser Beweise. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß der Gegner Bennisens ein solcher Patron ist, daß selbst für die Freunde der Theorie der besonderen Standesehre die Annahme geradezu absurd ist, daß ein anständiger Mensch zur Wahrung seiner Ehre mit einem solchen Individuum die Klängen kreuzen oder Augen wechseln müßte.

Wohlgemeint. Kind der Gegner Bennisens, der Domänenpächter Falkenhagen, der Sohn des nationalliberalen Landtagsabgeordneten gleichen Namens, ist, illustriert vortrefflich folgende Darstellung des „Kleinen Journals“:

„Der Domänenpächter Falkenhagen, welcher den Landrat v. Bennisen am vorigen Donnerstag im Duell erschoss, ist gestern früh um 1/4 Uhr im Centralhotel verhaftet worden. Schon am Donnerstagabend, als sein Opfer bereits in den letzten Zügen lag, traf der nunmehr Verhaftete in Berlin ein, nahm in dem fashionablen Centralhotel eine elegante Wohnung und schrieb sich als „Rittergutsbesitzer Falkenhagen“ in das Fremdenbuch ein. Er ist ein lang aufgeschossener, magerer und abgelebter Mensch mit einem unbedeutenden Gesicht, dem sowohl seinerseits Benehmen wie höhere Bildung total abgehen. Noch wie seine Manieren ist auch seine Lebensauffassung. Schon in der ersten Nacht seines Hierseins feierte er wüste Orgien in anrüchigen Lokalen und auch am Freitag ließ er sich durch die Kunde von dem Ableben seines Gegners in seinen brutalen Vergnügungen nicht fällen. Die Polizei in Leipzig, an welchem Orte sich Frau von Bennisen zur Zeit aufhält, hatte die hiesige Kriminalpolizei verständigt, daß zwischen den beiden Schuldigen ein Briefwechsel stattgefunden und daß Falkenhagen in Berlin wolle. Am Sonnabendabend suchte Falkenhagen seiner Gewohnheit gemäß die Amoralität und später die Maison d'or unter den Linden auf. Der Champagner floß in Strömen, und vor den Dirnen, mit denen er kniepte, prählte der gefühllose Patron mit seiner angeblichen Selbstenhaft. Mit vollen Händen warf er der Musik die Goldstücke hin, um die lustigsten Weisen zu hören; im Froh und welcher Stunde markierte er den schneidigen Cavalier. Als er Sonntag früh in ziemlich angeheitertem Zustande zurückkehrte, empfingen ihn Kriminalbeamte, welche bereits mehrere Stunden auf ihn gewartet hatten, und brachten ihn zur Revierwache.“

Und mit einem solchen Menschen mußte sich ein „Igl Landrat“ schließen, um den Ehebruch seines Weibes zu sühnen, wenn er anders nicht dem gesellschaftlichen Boykott seiner Standesgenossen, der „Gesellschaft“, verfallen wollte.

Wenn ein Angehöriger dieser „Gesellschaft“ auf der Straße oder in einem jener Berliner Vergnügungsalen, in denen sich notleidende Agrarier nach der Art ihres Standesgenossen Falkenhagen zu amüsieren pflegen, von einem Zuhälter angerempelt wird, so wird er diesem Gesellen natürlich nicht etwa seine Fingerringe schenken, sondern den ersten besten Schutzmann herbeirufen. So sehr sein Blut locken mag, er wird jederzeit darauf verzichten, persönliche Gemüthsregung von dem Gentleman zu heischen. Wenn aber das Individuum, das ihm eine Schmach zufügt, sittlich auch auf derselben Stufe steht, wie der erste Zuhälter, oder Domänenpächter ist, so gebietet der Ehrenkodex der „Gesellschaft“, sich von diesem Individuum niederschleifen zu lassen!

Daß ein Mensch, der, nachdem er soeben einen Mitmenschen, dessen Familie er zerstört hat, niederschoss, sofort in anrüchigste Vergnügungsalen läuft und dort mit Dirnen sein Geld verjubelt und vor diesen Dirnen noch mit seinem — angeblich nicht einmal reglementgemäß verbotenen — Lotschlag herumrenommiert, moralisch auf keiner höheren Stufe steht, als ein Zuhälter, wird kaum jemand zu bestreiten wagen. Und mit einem solchen Menschen mußte der schimpflich beleidigte Gatte und Vater von fünf Kindern sich schließen, um nicht der Achtung seiner Standesgenossen zu verfallen. Kann man sich einen ärgeren Aretinismus, eine schlimmere Vergewaltigung und Verhöhnung jedes Ehrbegriffs und Ehrgefühls denken?

Ein Blatt, das in besseren bürgerlichen Kreisen gelesen wird, die „Zagl. Rundschau“ giebt freilich folgende Erklärung:

„Aber wenn der Landrat v. Bennisen von der Wahrhaftigkeit der Sache, um noch einmal seine Entscheidung zu treffen, er würde ohne Befinden den gleichen Weg gehen. Nicht weil eine „unheilvolle Sitte“ ihn „nötigte“, hat Herr v. Bennisen den Frieden über den Kampf auf Leben und Tod heraufgefordert, sondern weil der heilige Drang der Natur ihn trieb, da das Amt des Richters und Mächtigsten selbst in die Hand zu nehmen, wo die Befehle und so jämählich im Stich lassen.“

Das Blatt des „intelligenten“ Bürgerstandes proklamiert hier statt des feudalen Ehrbegriffs das nackte Faustrecht. Das ist vom Standpunkt des bürgerlichen Rechts aus betrachtet, ja eine allerliebste Offenherzigkeit; vom Standpunkt der Vernunft aus ist es freilich gerade so sinnlos, wie der feudale

„Ehrenhandel“. Wenn ich Nachsehen will, nehme ich sie sogleich und decart, daß mir der verhasste Gegner nicht erst in aller Gemüthsruhe selbst eine wohlgezielte Kugel in die Brust jagen kann. Außerdem aber sollte der Bürger eines „modernen Rechtsstaates“ doch schon ein wenig über den Standpunkt des Faustrechts hinauskommen sein.

Aber nicht nur das Duell wird durch die hannoversche Schieberei in seiner ganzen Pöbellichkeit gezeigt, sondern diese Affaire entrollt uns auch in phosphoreszierenden Farben ein Bild socialer Fäulnis, ein Bild aus dem Leben der feudalen Gesellschaft, wie es abschreckender die Fieber eines Jola nicht schildern könnte. Mit dem 24jährigen Roué, dem greifenhaft verliebten Schürzenjäger, unterhielt die 31jährige Landratsgattin, die Mutter von fünf Kindern, eine Liaison mit einer derart chynischen Offenheit, daß dies Liebesverhältnis das öffentliche Gespräch bildete. Mag bei der Frau eine psychopathische Veranlagung im Spiele sein; der Landrat v. Bennisen stand mit diesem Menschen, dessen notariöse Lieberlichkeit nicht einmal durch äußere Formen oder Bildung beschönigt wurde, früher selbst in einem Freundschaftsverhältnis! Und die Standesgenossen, die Falkenhagen jedenfalls nur zu genau kannten, zwangen Bennisen, mit diesem Menschen einen „Ehrenhandel“ auszuführen. Es ist nicht anders möglich: die Moralanschauungen in diesen „edelsten Kreisen der Nation“ müssen äußerst losse sein!

Auch auf die Gollwuchergelüste der „Kollektiven“ wirkt schließlich der Lebenswandel Falkenhagens ein nicht uninteressantes Licht!

Ein glücklicher Zufall hat es gewollt, daß gerade in dem Augenblick, wo das Duell Falkenhagen-Bennisen das peinlichste Aufsehen erregt, ein offizieller Hüter des Gesetzes, ein preussischer Staatsanwalt, ein begeistertes Plaidoyer für das Duell gehalten hat. Der Staatsanwaltschaftsrat Cuny hat sich bei einem am Sonnabend in Berlin stattgehabten Kommerz der alten Burschenschaft folgendermaßen über das Duell ausgelassen:

„Und die alten Feinde der Burschenschaft sind auch die Feinde des ritterlichen Zweikampfes; wir halten fest an der alten deutschen Sitte unsrer Ahnvordern, die ihre Lust hatten am Waffenspiel, wir wollen den Schläger nicht tragen nur zum Kommerz oder gar zu Professionen, wir wollen ihn schwingen in frühlichem Kampfe. Und wenn wir auch dafür sorgen wollen, daß kein Mißbrauch geschieht und daß in immer zahlreicheren Fällen nicht zur Pistole, sondern zum blanken Säbel gegriffen wird, so wollen wir uns doch auch heute dazu bekennen, daß es viele Ehrenhändel giebt, die gar keine andre Lösung zulassen, als den Gang mit den Waffen. Und darum lassen Sie die Pistolen ruhen und stürzen Sie sich auf die Feinde der Burschenschaft, die gar keine andre Lösung zulassen, als den Gang mit den Waffen. Und darum lassen Sie die Pistolen ruhen und stürzen Sie sich auf die Feinde der Burschenschaft, die gar keine andre Lösung zulassen, als den Gang mit den Waffen.“

Ob sich ein Staatsanwalt finden wird, der gegen diese staatsanwaltschaftliche Aufforderung zur Gesetzesverletzung die Anklage erheben wird?

Wir überlassen die Beantwortung dieser Frage dem Teil der Bourgeoispreffe, der sich gleich dem frommen „Reichsboten“ in Krämpfen sittlicher Entrüstung windet.

Wir heben dem barbarischen Blödsinn sehr gelassen gegenüber: Fälle, wie die Schieberei in Hannover und die Rede des Staatsanwalts Cuny treiben ja nur lustig unsre Mähen. —

### Deutsches Reich.

**Liberaler Halbheit.** Reichstags-Abgeordnete aus der national-liberalen Partei und der freisinnigen Vereinigung haben folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden, die der Teilnahme von Frauen an socialpolitischen Versammlungen in Vereinen und Versammlungen entgegenstehen.“

Nach liberaler Anschauung sollen Frauen über Arbeiterschutz, Gewerbeinspektion und dergl. sprechen dürfen, aber alle andern, gleich wichtigen politischen Angelegenheiten sollen ihnen verschlossen bleiben! —

**Ein Freund des Kriegsministers.** Von Herrn W. F. Ernst Schumann, Rentier, erhalten wir aus Luzern eine mit der Schreibmaschine hergestellte Postkarte, die folgende Anklage enthält:

Wegen Ihres verleumderischen Artikels vom 12. November habe ich meinen Herren Anwälten Gutz und Dr. Hahn jetzt, wo der Herr Kriegsminister amtlich den Fall des Commis V. Karagel stellt hat, Klageauftrag erteilt, und soll jetzt wegen aller weiteren Anarische gerichtliche Auseinandersetzung provoziert werden.

Die Karte trägt den Stempel: „Ernst Schumann, Luzern (Schweiz), 4 Rueleg Nr. 4, Villa Schumann.“

Wir erheben aus der Kundgebung mit Vergnügen, daß wenigstens ein Mensch die Meinung ausdrückt, daß der Kriegsminister bei der Staatsdebatte den Fall der Humandriefabrik „amtlich Klage gestellt hat“. Und von einem so treuen großmütigen Freunde hat Herr v. Goltz nichts wissen wollen! Der Kriegsminister wird sicherlich keinen zweiten Menschen treffen, der ihm zugestimmt, daß er in seiner Glaubensrede etwas „Kluge“ habe.

Die angebotene Klage des Allerweltspöbel wird hoffentlich zur Wahrheit werden. Wir freuen uns außerordentlich, dem bisher viel und vergeblich geschnittenen Zeugen Normann-Schumann in Berlin an Gerichtsstelle zu begegnen.

Normann-Schumann scheint überhaupt gegenwärtig sich zu langweilen und will deshalb gerichtliche Sensationen veranlassen. Wie uns aus der Schweiz geschrieben wird, hat er unser Luzerner Parteiblatt wegen „Injurie“ verklagt, mit ihm auch noch einige bürgerliche Blätter. Gleichzeitig wird berichtet, daß der Weltspöbel in der Redaktion des ultramontanen Luzerner „Vaterland“ gewesen und einen Skandal verurteilt habe.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir daran erinnern, daß der „Vorwärts“ im letzten Sommer zuerst die Vermutung ansprach, daß der von der offiziellen Presse an das Tageslicht gezogene „Commis V.“ wohl der Normann-Schumann in Luzern sei. Es drängt sich nun abermals die Frage auf, ob Normann-Schumann aus eigener Initiative und zu welchem Zwecke falsche Humandriefabrikate, oder ob er nur als das Werkzeug einer Intrigue handelte.

Kommt es in Luzern zum Prozeß gegen die von Normann-Schumann verlagten Blätter, so ist es vielleicht möglich, über manche Verhältnisse Licht zu verbreiten.

**Heber das Jesuitengesetz** interpellieren will das Centrum. Der Reichstag hat zwar das Jesuitengesetz aufgehoben, aber der Bundesrat hat dem Wunsche des Parlaments keine Folge gegeben. Wie wird sich Bälou nun der regierenden Partei gegenüber herausstellen? —

### Auch ein Fleischwucher-Argument.

Die ehrsame „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ antwortet in ihrer letzten Nummer mit einem Artikel auf unsere Ausführungen über den Fleischwucher in Nr. 8 des „Vorwärts“, der mit einem recht ansehnlichen Geschimpf über die socialdemokratischen Fleischwucherschwindler und Socialdemagogen beginnt. Derartige schöne Gefühlsausdrücke sind nichts Seltenes bei dem ehrenwerten

Organ; sie stellen sich fast regelmäßig ein, wenn es ihm an sachlichen Argumenten zum Beweise für seine Behauptungen fehlt und können deshalb unberücksichtigt bleiben. Erwähnt sei nur, daß, in die Enge getrieben, das Blatt jetzt selbst zugiebt, die Grenzsperrre verhindere das Angebot billigeren ausländischen Viehes auf dem deutschen Viehmarkt, indem es erklärt:

„Wir haben gar keine Veranlassung zu leugnen, daß die Grenzsperrre die deutschen Viehzüchter nicht nur gegen Seucheneinschleppung, sondern gleichzeitig auch gegen die billige Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Viehmarkt geschützt haben. Wie könnten wir auch etwas derartiges wagen, selbst wenn wir gewollt hätten, angesichts der von uns selbst schon oft hervorgerufenen Thatfache, daß die Einfuhr ausländischer Schweine z. B. in den letzten Jahren um 1/2 Millionen Stück geringer gewesen ist als früher zuweilen.“

Für jeden logisch-denkenden Menschen ist damit zugleich gesagt, daß die Grenzsperrre preisverzernd wirkt, denn die Fernhaltung der Zufuhr fremden billigeren Viehes, die künstliche Beschränkung des Angebots auf den deutschen Viehmarkt gegenüber der Nachfrage steigert natürlich den Preis. Für die „Korrespondenz“ gelten indes diese einfachsten Elementarlehren der Nationalökonomie nicht; sie meint in ihrer durch überflüssiges Wissen nicht getrübbten Einsicht:

„Trotzdem können wir „ohne Begriffsverwirrung“ die vom „Vorwärts“ aufgestellte Behauptung, daß die Grenzsperrre an dem stärkeren Steigen der Schweinepreise schuld sei, für unwahr erklären. Gätten wir unsre Grenzen nicht gegen die freie Zufuhr von Vieh und Schweinen aus den seuchenverdächtigen ausländischen Herden gesperrt, dann würden auf unsern Märkten zwar wohl wieder 1/2 oder gar 2 bis 3 Millionen ausländischer Schweine mehr zum Verkauf kommen. Infolge dieses Angebots und der damit sicher stattgehabten Seucheneinschleppung in unsre Schweinebestände würde aber gleichzeitig das Angebot inländischer Schweine mindestens um ebensoviel zurückgegangen sein. Unter diesen Umständen dürfte an eine länger dauernde Herabminderung der Schweinepreise bei uns infolge einer von Socialdemokraten und Freisinnigen angestrebten Aufhebung der Grenzsperrre gar nicht zu denken sein, das muß jedem logisch denkenden Menschen klar sein.“

Mit irgend welchen Gründen gegen diese Annahme polemisieren zu wollen, daß, wenn 2-3 Millionen Schweine in Deutschland eingeführt würden, gleichzeitig ebenso viele an der Seuche zu Grunde gingen, blicke an der Unmöglichkeit unsrer Leser zu zweifeln; hervorzuheben sei nur, daß unter dem Schutze der Grenzsperrre die Maul- und Klauenseuche einen derartigen Umfang zu erreichen vermochte, daß sie 1899 sich in Deutschland über 162 657 Gehöfte mit 814 862 Schweinen erstreckte, ein weit höherer Stand wie in den Jahren vor der Grenzsperrre; selbst in dem Seuchejahr 1892 wurden nur 438 262 Schweine von der Seuche betroffen. Es ist ja auch aus Gerichtsverhandlungen bekannt, wie wenig Reizung manche Landwirte haben, die Bestimmungen der Seuchengesetze zu beachten. Gerade die unter dem Vorwand sanitärer Rücksichten verhängten Grenzsperrre haben dazu beigetragen — in Ermangelung der ausländischen Konkurrenz gesunden Viehes — die Gesundheitsverhältnisse des inländischen Viehes zu verschlechtern, weil man aus Profitgier und weil keine Konkurrenz zu fürchten war, die nötige Vorsicht vielfach außer acht ließ.

Die Viehsperren haben also zweierlei bewirkt: Erhöhung der Preise und gesundheitliche Verschlechterung des einheimischen Viehbestandes. —

**Das Ordensfest** ergab diesmal einen Ertrag von 2400 Verleihungen. Von Parlamentariern haben Herr Paasche und der schnell verübte Abgeordnete der „Ungebuld“, Herr Schlumberger, Orden erhalten. Auch zwei Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung (Schler und Bidert) sind dekoriert worden.

Dagegen ist der Schwarze Adler-Orden für Chamberlain einzuweilen noch ausgeblieben. —

**Eine Prüßewitziade.** Aus Bittan meldet der „A. B. W.“: Sonnabendnacht hatte ein Offizier mit einem Kaufmann in einem Café hier ein Rencontre, welches damit endigte, daß der Kaufmann den Offizier ohrfeigte. Am nächsten Tage erschien der Offizier — Lieutenant Robert Rose, vom Infanterie-Regiment Nr. 102, in der Wohnung des Kaufmannes Richard Häbler, um sich persönlich Gemüthsregung zu holen. Er bemerkte kurz, daß er für die ihm zugesetzte thätliche Beleidigung Reue empfinden müsse, und brachte Häbler mit dem Säbel einige leichte Verletzungen am Kopf und Arm bei. Die 13jährige Tochter des Kaufmanns alarmierte die Hausbewohner, und diese riefen telephonisch die Polizei herbei. — Lieutenant Rose wird sich demnächst vor dem Militärgericht in Dresden zu verantworten haben.

**Ein Revolverheld.** In Gerresheim zog, als die Glasarbeiter Hertz dort streikten, der Heiche Meister Kilian, der nebst den anderen Meistern wohl zur Spionage in der Streikversammlung anwesend war, einen scharfgeladenen Revolver und bedrohte die Arbeiter damit, die ihm die Waffe glücklicherweise entrissen und den Meister zur Thüre hinauspedierten. Weil das Vereinsgesetz das Mitbringen von Waffen in Versammlungen verbietet, kam der Mann unter Klage und Anklage zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende des Gerichts wies jedoch darauf hin, daß Kilian ein Gnadengefuch machen könne, das möglicherweise Erfolg haben könnte! Ob es einen solchen Natona erreicht hätte, wenn es sich um einen Streikenden gehandelt hätte, der mit dem Revolver Arbeitswillige bedroht hätte? —

**Ein Husarenlieutenant in „Kohwacht“** gegen einen zwölfjährigen Knaben.

Vor dem Ober-Kriegsgericht des IX. Armeekorps zu Altona hatten sich am Freitag der Lieutenant Theodor Moritz Eichborn und der Unteroffizier Walter vom Husarenregiment „Königin Wilhelmina der Niederlande“ hannoversches Nr. 15 in Wandsbek wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, der Lieutenant auch wegen Körperverletzung in Gemeinschaft mit einem Untergebenen zu verantworten. Sie waren vom Kriegsgericht der 18. Division von dieser Anklage freigesprochen worden, jedoch hatte der Kriegsherr Verurteilung eingelegt, so daß die „Heldentaten“ des Herrn Husarenlieutenants, die bei der kriegsgerichtlichen Verhandlung zufällig nicht um die Öffentlichkeit gekommen waren, noch einmal verhandelt werden mußten und diesmal auch der Mittel mitgeteilt werden können. Lieutenant Eichborn, ein sehr reicher Offizier, fuhr am 13. November v. J. in einer Droschke vor das Portal der Kaserne in Wandsbek. Ein in der Nähe spielender 12jähriger Knabe rief, dies welterschütternde Ereignis mit dem gebührenden Interesse beobachtend, einem Spielfameraden die Worte zu: „Rief, der kommt ein Lieutenant“. Lieutenant Eichborn sagte diese absonderlichen Worte als eine Verhöhnung seiner werten Person auf, ging auf den Jungen, der nichts Böses ahnte, zu, packte ihn beim Stragen und geriet ihn nach dem Kaserneportal, wo er ihn dem dort stehenden Unteroffizier Walter übergab. Zusammen zogen sie dann den Jungen in die Kaserne, schlossen die Thüre hinter sich und dann ging es an ein Prügeln. Zuerst verziehte der Herr Lieutenant dem Jungen mehrere Schläge mit der Hand an den Kopf, dann legte er ihn über das Antlitz und verbot ihm das Gesicht mit der Hand. Doch das befriedigte ihn alles noch nicht. Er gab jetzt dem Unteroffizier den Befehl, den Jungen zu züchtigen, was dieser auch getreulich befohrte, während der Lieutenant dem vor Schmerz laut schreienden Knaben den Mund zuhielt. Schließlich gebot der Lieutenant dem Unteroffizier Einhalt, doch verurteilte er nicht, dem Jungen nun selbst noch eine Anzahl Ohrfeigen zu verabreichen, um ihn dann aus einer Hinterthüre wieder auf die Straße führen zu lassen. Die Mutter des so mißhandelten Knaben ließ diesen schmerzhaft bei einem Arzt untersuchen, und als dieser am Kopfe des Knaben eine ganze Anzahl Beulen und Schrammen feststellte, erstattete sie Anzeige.



Vor dem Kriegsgericht haben dann beide Angeklagte den ihnen zur Last gelegten Thatbestand zu. Der Unteroffizier Walter entschuldigte sich damit, daß er dem Befehl seines Vorgesetzten habe nachkommen müssen. Der Herr Husarenlieutenant aber erklärte, er habe sich dem Knaben gegenüber in einem Akt der Notwehr befunden. Die Wundärzte Ströhenjungend erlaube sich gegen Militärpersonen außerordentlich viel Unarten. Eine solche Unart sei auch der Ruf des Knaben gewesen. Er habe denselben als eine Verhöhnung seiner Person aufgefaßt und habe sich deshalb zu einer Häßlichkeit bereitigt geglaubt, indem er eine solche als einen Akt berechtigter Notwehr gegen den Knaben betrachtet habe. Das Kriegsgericht schloß sich dieser Ansicht an und sprach beide Angeklagte frei, indem es die Mißhandlung des 12jährigen Knaben durch zwei erwachsene und kräftige Männer als einen Akt strafbarer Notwehr gegen den Knaben ansah. Dieser höchst bemerkenswerten und charakteristischen Auslegung des Begriffs Notwehr machte sich der Gerichtsherr aber doch nicht anschließen. In der Verurteilungsbegründung wurde vom Ankläger angeführt: Notwehr sei die derartige Abwehr eines erwarteten Angriffs. Davon könne hier aber keineswegs die Rede sein, denn die Verhöhnung des Lieutenants durch den Knaben sei schon vollendet gewesen, als der Lieutenant auf den Knaben geschrien habe, den Jungen zu fassen und zu züchtigen. Dieser Auffassung schloß sich auch das Ober-Kriegsgericht an. Es hob das vorinstanzliche Urteil auf und verurteilte den Lieutenant auf zwei Tage Gefängnis, den Unteroffizier Walter, dessen schwierige Lage dem Befehl des Vorgesetzten gegenüber berücksichtigt wurde, zu 3 M. Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis. —

### Aus dem dunkelsten Bayern.

Das München wird und geschieht:  
In der letzten Donnerstag-Sitzung des Finanzausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer kam eine ebenso interessante wie empörende Thatsache an den Tag. Da die Regierung wegen des Stummenganges im Münchener Polizeigebäude drei kleinere Häuser ankaufen will, nahmen die Ausführenden eine Lokalbesichtigung vor. Beim Verzicht über diese Besichtigung konstatiert um der liberalen Abg. Dr. Casselmann, man habe in den Gastlokalen der Polizei eine Lust gefunden, daß man sich nach dem Hineinschreiten schleunigst wieder entfernen mußte! Ferner seien Jellen vorhanden, „in die kaum ein Lichtstrahl dringe“. Minister v. Feilitzsch, der bis dahin der Rede Casselmanns mit beifälligem Kopfnicken gefolgt war, fuhr bei diesem Wort auf und suchte zu protestieren. Der Referent aber bestand darauf, daß seine Ausführungen buchstäblich richtig seien und konnte sich auf den ultramontanen Korreferenten Abg. Frank berufen, der beim Audienz Jellen gemeint habe, daß man sie gut als Dunkelkammer zum Photographieren benützen könne.

Wenn man in solchen böchern Tieren unkommen ließe, würde wohl der Tierschutzverein eingreifen. In unserem Polizeigebäude — in dessen höheren Stockwerken u. a. auch ein Medizinalbeamter wohnt, der von Amts wegen auf die Förderung der sanitären Verhältnisse hinzuwirken hat — weist man aber verhafteten und fixierten Staatsangehörigen zum Aufenthalt Räume an, die von Stidunst erfüllt sind und „in die kaum ein Sonnenstrahl dringt“. Freilich meinte Herr Casselmann, wohl um seinen ungewohnten Widerspruch gegen die Regierung wieder gut zu machen, schließlich, daß das reinliche und gute Essen der Gefangenen einen Ersatz für das mangelnde Licht bietet!

Diesen wissenschaftlichen Grundsatze hat Herr Dr. Casselmann vielleicht als Erbeil von seinem verstorbenen Parteifreund, dem Polizei-Art Dr. Kub, übernommen. —

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde von der Düsseldorf Strafkammer ein dortiger Kutscher mit vier Monaten Gefängnis bestraft. Derselbe begab sich am Abend des 7. Dezember auf eine Polizeiwache in Düsseldorf und meldete, er sei ohne Arbeit und habe kein Obdach. Weil die Polizeibeamten nicht gleich für Obdach sorgten, sagte der Mann, er werde schon wissen, wie er die Beamten zwingen, ihm Obdach zu geben und er begann ohne weiteres laut auf den deutschen Kaiser zu schimpfen. Da natürlich erreicht er seinen Zweck, wurde verhaftet und nun hat der Mann das Vergnügen, vier Monate staatliche Unterkunft zu haben. —

### Ausland.

#### Die Kritik eines englischen Abgeordneten.

London, 18. Januar. (Fig. Ver.)  
Die alldeutsche Entstellung gegen Chamberlain hat im britischen Weltkreis einen Erfolg gehabt, die deutschen Staatsmänner nicht voraussehen. Der Kolonialminister ist gegenwärtig der populärste Mann in der britischen Welt. Die Thronrede legte besonderen Nachdruck auf die Humanität der englischen Armee in Südafrika; Australien und Neuseeland protestierten mit großer Schärfe gegen die Beleidigung ihrer Soldaten, und Chamberlains Rede in Birmingham, in der er dem deutschen Reichskanzler eine herausfordernde Antwort zu teil werden ließ, wird hier als ein Meisterstück betrachtet. Außerdem hat der ganze Kummel nur der boerenfreundlichen Agitation in England geschadet, die doch unter den obwaltenden Umständen die einzige ist, die der Sache des Friedens nützen könnte. Für die Haltung des Auslandes den Boeren gegenüber haben nur Thaten einen Wert. Große Worte sind, wie die Erfahrung zeigt, schlimmer als wertlos. Sie sind absolut schädlich. Kritik soll man ruhig den freiheitlich gesinnten Engländern überlassen, die ihre Pflicht vollstän thun, wie kein deutscher Bourgeois unter ähnlichen Umständen thun würde. Mr. Channing, der liberale Abgeordnete für den ländlichen Wahlkreis in East-Norhamptonshire, beantragte gestern folgendes Amendement zur Adresse:

„Die schrecklichen Opfer an Leben und die Vergewandung der nationalen Hilfsquellen werden verlängert, die Aussicht auf Frieden wird gefährdet durch die Politik Sr. Majestät Minister, indem sie auf die unbedingte Unterjochung der holländischen Rasse in Südafrika bestehen und zu diesem Zweck Maßregeln in Anwendung bringen, die zugleich barbarisch, ungerichtlich und unklug sind, wie die summarische Verurteilung der Häuser der holländischen Einwohner der beiden Republiken, die Ueberlieferung von Tausenden von unschuldigen und wehrlosen Frauen und Kindern dem Leiden und dem Tode in den Konzentrationslagern, die Aufhebung der Verfassung und der bürgerlichen Rechte in der Kapkolonie und die Hinrichtung und Deportation von sogenannten Rebellen und Verdächtigen auf Grund des Kriegesrechts.“

So spricht ein englischer Liberaler im Parlament. Er nennt Transvaal und Oranjestaat „Republiken“, trotzdem sie seit Jahren offiziell als Kolonie anerkannt worden sind. Welcher bürgerliche deutsche Abgeordnete hätte im Jahre 1871 im Reichstage den Mut gehabt, Sijak-Lothringen als Republik zu nennen? Und doch wird Walfour, der Vertreter Salisbury im Unterhause, nicht so verschroben sein, Channing des Mangels an Patriotismus anzulügen.

Das offizielle Amendement der liberalen Partei ist viel milder und klarer. Es lautet:

„Jeden wird bereit sind, geeignete Maßregeln zur wirkungsvollen Fortsetzung des Krieges zu unterstützen, sind wir der Meinung, daß der von Sr. Majestät Ministern eingeschlagene Weg zur frühzeitigen Beendigung des Krieges und zur Herstellung eines dauernden Friedens nicht führt.“

Dieses Amendement wird von Mr. Lawley beantragt werden. Erhält es eine Majorität, so fällt das Ministerium. Das ist indes nicht wahrscheinlich. Die Freyen werden eher für das Amendement stimmen, und es ist sehr zweifelhaft, ob die liberale Partei so viele Abgeordnete der unionistischen Partei gewinnen würde, um die Regierung schlagen zu können. Die Milde des Amendements dürfte wohl auf eine solche Politik berechnet sein. —

### Schweden.

Der schwedische Reichstag trat am 15. Januar zusammen. „Ohne große Hoffnungen“, schreibt H. Branting in „Socialdemokraten“, mit der bitteren Erinnerung an frühere gedroffene Gelübde und mit scharfem Mißtrauen, daß so etwas wieder versucht werden soll, sieht des schwedischen Volkes wahrheitsvolle Weisheit die Repräsentation der besiegten Klassen zusammenzutreten. Eine Masse von Fragen, unter welchen Verhältnissen sehr wichtige Fragen, kommen auf die Tagesordnung des 1902-Reichstages. Aber alle schrumpfen zusammen zur Unbedeutendheit gegenüber der nun allein dominierenden Frage: soll des schwedischen Volkes innere Verteidigungsfrage, die Wahlrechtsfrage, nun eine Lösung finden, die der Nation neue Kraft, neuen Lebensmut, neue Zukunftshoffnung giebt? Die Arbeiterklasse wartet der Antwort — aber nicht in thätiger Ruhe. Sie sammelt Kräfte für der Krise, der wir unanerkennbar entgegenstreben, um den Staatsmännern fortwährend in die Hand zu greifen.“

Nach einer Meldung der „Ny Tid“ in Göteborg soll der König sich im Staatsrat dahin geäußert haben, daß der das Ministerium verabschieden müsse, wenn es demselben nicht gelingen würde, das allgemeine Wahlrecht durchzuführen. „Mein Volk“, soll er u. a. gesagt haben, „ist das reifste Volk in der Welt, darum soll es auch zu meiner Lebzeit volles Bürgerrecht haben.“ Wenn der König sich wirklich so vernünftig über diese so wichtige Frage ausgesprochen hat, ist das jedenfalls anzuerkennen. —

Die Wahlrechtsreform in der Thronrede. Bei der feierlichen Eröffnung des Reichstages, die am 17. Januar stattfand, äußerte sich der König in der Thronrede folgendermaßen: „Ich beabsichtige, Ihnen im Laufe der Reichstagssession einen Vorschlag zur Ausdehnung des Wahlrechts zur zweiten Kammer, hauptsächlich gerichtet auf die kommunale Steuerpflicht, vorzulegen.“ Wenn die angeführte Reform nicht über den Kreis der kommunal-Wahlberechtigten hinausführen soll, so bleibt sie weit hinter der Forderung nach allgemeinem Wahlrecht zurück. —

### Frankreich.

Der sozialistische Abgeordnete Rouquet interpellierte die Regierung über die traurige Lage der Armenier. Der Minister des Reiches Delcassé erklärte, er gebe zu, daß die Armenier alle Sympathien verdienen und ihre Lage eine in vielen Beziehungen bedauerndwert sei; aber diese Frage sei nun einmal keine französische, sondern eine internationale. Da Frankreich dem Berliner Vertrage beigetreten sei, könne es nicht mehr in voller Freiheit im Orient isoliert vorgehen, eine gemeinsame Intervention aber könne schwere Verwicklungen hervorrufen. Trotzdem sei Frankreich durchaus geneigt, sich an einer gemeinsamen Aktion der Großmächte, wie in China, zu beteiligen. Im übrigen hätten die Armenier selbst anerkannt, daß die diplomatischen Vorstellungen Frankreichs häufig genügt hätten, um ihre Lage zu verbessern. Die Kammer billigt schließlich mit 55 Stimmen Majorität die Erklärungen des Ministers. —

### England.

#### Die Irländer und Dewsbury.

London, 18. Januar. (Fig. Ver.)  
Wie der „Vorwärts“ bereits mitteilte, hat die irische Parteileitung den in Dewsbury wohnenden Iren empfohlen, gegen Quetch und für den liberalen Imperialisten Runciman zu stimmen. Der irische Abgeordnete Michael Davitt, der alte Führer der Landliga, schreibt hierüber in einem in der heutigen „Justice“ veröffentlichten Briefe: „Ich bin keineswegs verantwortlich für den Rat, der den irischen Wählern gegeben wurde. Ich beklage es tief, daß man irische Arbeiter veranlaßt oder zwingt, für einen Mann zu stimmen, der den verabscheuten Krieg (in Südafrika) billigt. Die englischen Arbeiter, für welche Quetch und andre gearbeitet, sind die wirklichen Feinde der Freiheit in Südafrika und die slavischen Verächter ihrer „höheren“, der Großgrundbesitzer, der Kapitalisten und Advokaten, die ihnen Kriege bereiten, in denen sie erschlagen werden, oder Werkhäuser, in denen sie als degradierte Arme sterben könnten. In den Augen der englischen Arbeiter ist es das stärkste Argument gegen Quetch, daß er gleich 90 Proz. der Wähler von Dewsbury ein einfacher Arbeitermann ist. Die politischen Sklaven des Wahlkreises werden einem konservativen oder liberalen Kapitalisten einen Namen vorziehen, der ihr Massengenosse ist. Der gewöhnliche Boer in Südafrika besitzt fluchtigmal mehr Mannhaftigkeit und Intelligenz, als der gewöhnliche, stimmberedigte Arbeiter Englands.“ Und Michael Davitt leimt aus eigener Erfahrung beide: den Boer und den englischen Proletarier. —

### Parlamentarisches.

Abgeordnetenhause. Von freisinniger Seite sind zwei Anträge in Abgeordnetenhause eingebracht worden. Der eine erucht die Staatsregierung, eine Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1890, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, und des Gesetzes vom 17. April 1867, entsprechend den in den letzten 40 Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten. Der zweite erucht das Haus, die zur Einführung der fakultativen Generalbesetzung in Preußen erforderlichen gesetzgeberischen Maßregeln zu treffen.

### Der Boeren-Krieg.

#### Ein Gesicht bei Griquatown.

Bei der Einnahme einer Boerenstellung in der Nähe von Griquatown wurden ein Major und 4 Mann getötet, 5 Mann wurden verwundet.

#### Schepers handrechtlich erschossen!

Das Urteil gegen Schepers, das auf Todesstrafe lautet, ist veröffentlicht und von Richter bestätigt worden. Schepers ist am Sonnabendmorgen erschossen worden. Die Untersuchung gegen Krüninger beginnt nächste Woche.

Den Boeren wird schließlich trotz aller Bedenken nichts anderes übrig bleiben, als endlich einmal an einer Anzahl von gefangenen Offizieren ein Exemplar blutiger Vergeltung zu statuieren. Freilich müssen die betreffenden Boerenkommandanten dann mit aller Bestimmtheit damit rechnen, daß auch ihnen im Falle eines schließlichen Unterliegens kein Pardon gegeben wird. Das mag auch die Ursache sein, daß die Boeren bisher noch nicht nach dem Grundsatz der Widervergeltung gehandelt haben.

### Partei-Nachrichten.

Die Behandlung sozialdemokratischer Redactoren im Gefängnis. Die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung teilt mit, daß für Breudenbe die Selbstbeschäftigung nachgesucht und auch bereits Vorkehrung zur Kostendeckung gemacht worden war. Das Gesuch ist aber von der Regierung abgelehnt worden. Darauf ersuchte Breudenbe den Gefängnisdirektor Berthel, einige Bücher, eine Weltgeschichte und die deutschen Reichsgesetze in seinen freien Stunden studieren zu dürfen. Das Gesuch dieser ihm ab mit der Bemerkung, er habe keine Ursache, Dr. anders wie irgend einen andren Gefangenen zu halten, ein Privatmann könne sich eine Bibliothek halten, einem Gefangenen sei so etwas nicht gestattet.

### Das öffentliche Interesse für und gegen Socialdemokraten.

Gegen den Redacteur der „Dresdener Volkskraft“, Genossen Klähn, erhob die dortige Staatsanwaltschaft Beleidigungsklage im öffentlichen Interesse, weil er einen Wahlenbestreuer beleidigt haben soll. Klähn hatte nämlich Mitteilungen erhalten über Mißstände in einer dortigen großen Mühle. Darauf hin schrieb er an den Besitzer der Mühle einen Brief, worin er diesem von den Mitteilungen Kenntnis gab, um ihm Gelegenheit zu geben, die Mißstände, von denen er voraussetzte, daß sie dem Besitzer unbekannt seien, zu beseitigen. Durch diesen Brief, den er nicht veröffentlichte, soll er die Beleidigung begangen haben. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, weil es in dem Briefe nicht die geringste Beleidigung finden konnte. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und das Verfahren schwebt noch.

Ein Versicherungsdirektor nannte als Zeuge vor Gericht die Redacture der „Volkskraft“, Verbrecherbande“. Darauf beantragte Klähn bei der Staatsanwaltschaft die Erhebung der Beleidigungsklage gegen diesen Herrn. Der Antrag wurde von derselben Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil kein öffentliches Interesse zur Verfolgung vorliege.

Was mag wohl die Dresdener Staatsanwaltschaft unter „öffentlichem Interesse“ verstehen?

### Socialdemokratische Wahlsiege in Dänemark.

In den beiden jütändischen Städten Vejerg und Silkeborg fanden am 14. resp. 15. Januar Gemeinderatswahlen statt. In Vejerg siegte die rein socialdemokratische Liste mit 918 bis 941 Stimmen. Die bürgerlichen Kandidaten erhielten 200—628 Stimmen. Die Liberalen hatten das Wahlbüdnis mit den Socialdemokraten gebrochen. Gewählt sind 10 Socialdemokraten und keiner der bürgerlichen Kandidaten. Silbjerg ist die erste dänische Stadt, in der die allgemeine Wählerklasse nur Socialdemokraten in die Gemeindevertretung gewählt hat. 78 Proz. der Wähler stimmten. In Silkeborg wurden 3 Socialdemokraten und 2 Liberale auf gemeinsamer Liste gewählt und außerdem ein Moderaterer. Die für die socialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen sind seit 1898 von 288 auf 466 gestiegen. Gestimmt haben hier 87 Proz. der Wahlberechtigten. —

Aus der Schweiz. Der Genosse Paul Brandt verläßt nächsten den Posten am Arbeiterssekretariat in Winterthur, um als Nachfolger des verstorbenen Genossen Wettler die Redaktion des „Grillianer“ zu übernehmen. Als Nachfolger Brandts wählen die Winterthurer Genossen den Genossen Kaufmann, Maschinenmeister (Buchdrucker) in Frauenfeld.

### Aus Industrie und Handel.

#### Der internationale Schifffahrtstrust

hüllt sich noch immer in ein Dunkel. Während von einer Seite behauptet wird, es sei nur eine Verständigung der englisch-amerikanischen Gesellschaft beabsichtigt, wird von andrer Seite das Hineingreifen der deutschen Gesellschaften als ganz selbstverständlich betrachtet und die Konferenz in New York nur als eine Fortsetzung und Ausbau der in Wien im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen angesehen. Sicher ist, daß Herr Vallin von der Hamburg-Amerikanischen Paketfabrikations-Gesellschaft und Herr Dr. Wiegand vom Norddeutschen Lloyd an den Verhandlungen in New York teilnehmen. Wie einem hiesigen Korrespondenz-Bureau mitgeteilt wird, beabsichtigt der amerikanische Gründerkönig Morgan eine Verschmelzung sämtlicher oceanischer Linien durchzuführen. Bis jetzt seien die Verhandlungen mit folgenden Linien zum Abschluß gebracht: „Red Star Line“, „White Star Line“, „Cunard“, „DeLund“, „Holland-Amerika-Linie“, „Allan Line“ und „Anchor Line“. Das Kapital für diese Kombination soll zwei Milliarden Mark betragen. Die Gesellschaft soll im engen Zusammenhang mit dem großen amerikanischen Stahltrust arbeiten. Deutsche Gesellschaften seien indessen nicht daran beteiligt, heißt es zum Schluß.

Das New Yorker Blatt „The Sun“ bestätigt gleichfalls die enge Verbindung des Unternehmens mit dem großen amerikanischen Stahltrust. Die leitenden Persönlichkeiten glauben, so bemerkt das Blatt weiter, daß die französischen und deutschen Schifffahrts-Gesellschaften gern die Gelegenheit ergreifen werden, Angebote für ihre Zulassung zu dem neuen Kartell aufzustellen. Schluß lautet eine Meldung der „Morning Leader“ in London, so daß man zu der Vermutung kommen kann, daß die deutschen Gesellschaften noch keine Zusage erteilt haben, oder überhaupt keine große Neigung seitens der Amerikaner besteht, die deutschen Gesellschaften mit hineinzuziehen.

In der That werden die deutschen Gesellschaften in keine angenehme Situation gedrängt; denn den Amerikanern kommt es darauf an, billige Frachtsätze nach europäischen Häfen festzusetzen, die deutschen Gesellschaften also zu zwingen, amerikanischen Fabrikaten billigeren Eingang zu verschaffen. Demnach werden sich der Lloyd und die Paketfabrik-Gesellschaft der Unklammerung nicht entziehen können, denn der Konkurrenzkampf würde ihnen so erheblichen Schaden zufügen, daß sie immer noch den besseren Teil erwählen, wenn sie mit ihren Partnern den Ausgleich suchen. Eine planmäßige Ausnutzung des Schifffahrts-Verkehrs kann mit niederen Frachtsätzen noch immer eine Rentabilität der Unternehmungen sichern, denn der Trast wird die Verschwendung von Material und Arbeitskräften beseitigen, er wird seine Schiffe nur genügend befrachtet lassen.

Interessant ist an dieser neuen Gründung, daß sie nicht wie alle übrigen Trusts auf eine Erhöhung der Preise hinausgehen wird, sondern bei der engen Verbindung mit dem Stahltrast sicher auf eine Verbilligung der Frachten gerichtet ist. Herr Schwab, der Leiter des amerikanischen Stahltrasts, soll zwar nach einem Interview, das die Wiener „Freie Presse“ bekannt giebt, erklärt haben, daß amerikanisches Eisen auf dem deutschen Markt nicht in Konkurrenz treten könne, weil der Zoll zu hoch ist. Diese Stellung der amerikanischen Fabrikation wird sich sofort ändern, sobald eine Steuung im Noth eintritt, und die amerikanische Eisenindustrie mehr auf den Export gedrängt wird. Aber Herr Morgan ist nicht nur bei dem Stahltrast interessiert sondern bei zahlreichen andren Gründungen, die einer billigen Anfuhrfracht Vorteile abgewinnen können.

Gelingt diese Gründung, dann gehört sie zu einem der größten Genieftreiche des amerikanischen Gründerkönigs, wie hätten es mit einem kapitalistischen Interessentum zu thun, der wirtschaftspolitisch von hervorragender Bedeutung werden kann.

#### Staatliche Lokomotivbestellungen.

Die nunmehr erfolgte Bestellung von ca. 750 Lokomotiven repräsentiert einen Wert von 44 Millionen Mark. Betheilt sind sämtliche Lokomotivfabriken in Preußen, je nach ihrer Größe. Die Preise haben im Vergleich mit der Vergabung im Juli des vergangenen Jahres eine Ermäßigung von ca. 3 1/2 Proz. erfahren. Die Ablieferung sämtlicher Lokomotiven muß bis inkl. April 1903 auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers beendet sein.

Preiserhöhungen des Drahtstift-Verbandes. Der erhöhte Preis für Walddraht ist die Preisverhöhung für Drahtstifte gleich auf dem Fuße gefolgt: das Syndikat zeigt den Werken eine Erhöhung der Preise auch für Handverfäule um 50 Pf. die 100 Kilo an. Diese Preisverhöhung tritt sofort in Kraft. Wie die „Rheinische Volkszeitung“ erzählt, hat der Drahtstift-Verband durch einige größere Drahtstift-Werke die Künigliche Fabrik (Rheinische Drahtstift-Fabrik in Ehrenfeld) ankaufen lassen. Der Verband hat damit einen Wettbewerber sich vom Halse geschafft. Jetzt versteht man auch die verschiedenen Preiserhöhungen der letzten Zeit.

Das Kohlenbüdikat verzeichnet nach dem in der Zeitschrift „Berammlung“ ersatteten Bericht im Dezember 1901 eine Minder-



**Forderung gegen die Beteiligung von 14,48 Proz.** Der Gesamtverdienst an Kohlen, Coals und Wreits betrug im Dezember 4 007 187 Tonnen, der arbeitsfähige Bestand 15 059 Doppelwaggons, d. i. 8,16 Proz. weniger als im Dezember 1900 und 2,81 Proz. weniger als im November 1901. Im ganzen Jahre 1901 betrug die rechnerfähige Beteiligung 57 172 284 Tonnen gegen 54 444 970 Tonnen im Vorjahre; sie ist mithin gegen das Vorjahr arbeitsfähig um 4,75 Proz. gestiegen; die Förderung betrug 50 411 926 Tonnen gegen 52 080 898 Tonnen, ist also um 3,45 Proz. hinter der des Vorjahres zurückgeblieben.

**Für die rasch fortschreitende Accumulation des industriellen Kapitals** bieten die Vereinigten Staaten von Amerika eine Fülle von Beispielen, so auch in der Lederindustrie. Dort ist von 1890 bis 1900 das angelegte Kapital um 78 Proz. d. h. auf fast 700 Millionen Mark gestiegen, dabei hat die Zahl der Fabriken in diesem Decennium um 25 Proz. abgenommen, ihre Zahl beträgt nun bloß noch 1906, von denen jede im Durchschnitt um annähernd 6 Millionen Mark Leder verarbeitet.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Konflikt in der Holzindustrie** lag am Montagabend einer zahlreich besuchten Versammlung aller Arbeitgeber-Vereine in Holzbearbeitungs-Gewerbe zur Beschlusfassung vor. Es handelt sich bekanntlich um die seitens der Unternehmer angebotene Ausperrung von Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes für den Fall, daß letzterer die bestehenden Sperren nicht aufhebt. Der Holzarbeiter-Verband hat sich dessen geweigert, aber erklärt, daß er zu Verhandlungen zwecks Beilegung bestehender Differenzen stets bereit sei. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen beiden Organisationen stattgefunden. In einer Sitzung von Vertretern beider Teile, die hier gestrigen Arbeitgeber-Versammlung unmittelbar voranging, wurde zwischen den Vorständen der Arbeitgeber-Organisationen und den Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes das folgende vereinbart:

1. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, bei allen Werkstatt-differenzen mit dem Holzarbeiter-Verband zur Beilegung derselben in Verhandlung zu treten.
2. Während der Verhandlungen dürfen weder Sperren verhängt, noch Posten gestellt werden; auch sollen Neueinstellungen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden.
3. Bei allen Differenzen dürfen die in Frage kommenden Arbeiter während der Verhandlungen die Arbeit nicht niederlegen.
4. Der Holzarbeiter-Verband zieht die bestehenden Sperren und Streikposten zurück.

In der Versammlung herrschte anfangs eine sehr kampflustige Stimmung, hervorgerufen durch die Ausführungen einiger Redner, die von Verhandlungen mit dem Holzarbeiter-Verband nichts wissen und die Aussperrung rücksichtslos durchgeführt wissen wollten. Schließlich legte aber doch die von den Vorständen vertretene bessere Einsicht, daß die Aussperrung ein zweischneidiges Schwert ist, welches der Arbeitgeber ebenso scharf trifft wie die Arbeiter, und daß es keineswegs gelingen wird, den Holzarbeiter-Verband zu vernichten. Der Vor, der die vorstehende Vereinbarung angelegentlich empfahl, bemerkte unter anderem: In den Reihen der Arbeitgeber sei der Gedanke der Einführung einer Tarifgemeinschaft in Holzbearbeitungs-Gewerbe aufgetaucht. Der Verwirklichung dieses Gedankens ständen noch viele Schwierigkeiten entgegen, aber es müsse an deren Überwindung gearbeitet werden, damit es zu einer Tarifgemeinschaft kommt.

Nach langer Debatte wurden die vorstehenden Vereinbarungen einstimmig angenommen. Damit ist der Konflikt beendet.

### Deutsches Reich.

**Warnung.** Vor dem Arbeiter Heinrich Kutenberg aus Hastedt wird hiermit nachdrücklich gewarnt. Derselbe hat sich nämlich bei verschiedenen Gewerkschaften und Vereinen durch alle möglichen Vorpiegelungen Geld zu verschaffen gewußt. Namentlich hat er bei den Frauen der Kaffee- und Miserales Handwerkes betriebe, indem er sich als Revierausgab und vorgab, den Antrag zu einer Kassenrevision zu haben. Dabei suchte er dann das Geld an sich zu ziehen, angeblich um es beim Hauptvorstand abzuliefern. Verschiedentlich ist ihm sein Trick gelungen. Nochmals sei nachdrücklich vor diesem Schwindler gewarnt.

Der Vorstand des Bauarbeiter-Verbandes.

### Zahlstelle Hastedt.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck ersucht.

**Verichtigung.** In unserer Sonntagsnummer teilten wir mit, daß der Central-Vorstand der Bildhauer die Erhebung eines Extrabeitrags angeregt hat. Die Höhe des Extrabeitrags soll jedoch nicht, wie dort infolge eines Druckfehlers angegeben 10, sondern 20 Pf. wöchentlich betragen.

**Die Zeitschrift für Graveure und Eisenreue** erscheint vom 1. April d. J. dreimal monatlich, anstatt bisher zweimal.

**Das Verlangen der Polizeibehörde in Apennade,** welche bekanntlich von den Gewerkschaften ungeschicklicherweise die Ausschließung der Ausländer forderte, hat noch zu einem merkwürdigen Nachspiel innerhalb der Gewerkschaften selbst geführt. Die Centralvorstände der Maurer und Hilfsarbeiter hatten nämlich ihren Zahlstellen in Apennade den Rat erteilt, die Ausländer sollten vorläufig aus dem Verbandsaussehen. Die Maurer folgten diesem Rat und zwei Ausländer mußten dem Vorstandesbeschlusse entsprechen. Dieser Tage beschäftigte sich nun das Gewerkschafts-Komitee mit der Angelegenheit. Das Vorgehen beider Verbandsvorstände wurde einer scharfen Kritik unterzogen und beschlossen, im „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ zu der Sache Stellung zu nehmen. — Wegen der schlechten Arbeitsverhältnisse in Apennade sollen gleichzeitig die dänischen Bauarbeiter in ihrer Fach- und Parteipresse vor Zugang nach Apennade gewarnt werden.

**Die Ausfuhr der Firma Albert Witte in Harburg** haben das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen: die Inhaber der Firma hat sich jedoch geweigert, vor dem Einigungsamt zu verhandeln.

**Lohnreduktion.** Die Konjunktur ausnützend, zog die Aktien-Gesellschaft für Zinkindustrie in Hameln, ohne vorherige Einigung mit den Arbeitern, 7 Prozent vom Lohn ab. Fast sämtliche Arbeiter (150) legten darauf die Arbeit nieder. Die Firma ließ erklären, wer am nächsten Tage die Arbeit nicht aufnehmen, sei entlassen. Trotz dieser Ankündigung erschien niemand zur Arbeit. Die elenden Verhältnisse haben die Arbeiter, die sonst indifferent dahingleben, zu einer Tat der Verzweiflung getrieben.

**Eine Lohnbewegung im Baugewerbe** bereitet sich in Wolfenbüttel vor. Die dortigen Maurer fordern 48 Pf. Stundenlohn gegen bisher 40 Pf., bessere sanitäre Einrichtungen, in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April eine heizbare Wanne und Beflegung des 1. Mai als Feiertag. Die Maurer erklärten alle Forderungen für indiskutabel mit Ausnahme der Lohnforderung; zu einer Lohnerböhung aber seien sie außer Stande. — Die Zimmerer beanspruchen 47 Pfennige Stundenlohn, für Ueberstunden 10 Pfennige Aufschlag, zehnstündige Arbeitszeit und für Sonntags- und Nachtarbeit doppelten Lohn. Die Meister erklärten, noch keine bindende Antwort abgeben zu können, weil mehrere von ihnen schlicht; die Anwesenden aber verhielten sich ablehnend. — Kommt es zu keiner Einigung, so dürften im Baugewerbe zu Wolfenbüttel Arbeitseinstellungen bevorstehen.

**Die Arbeiter der Seidenstoffweberei Danmann u. Cie. in Rheinfelden (Baden),** haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

### Ausland.

**Streik in der Schweiz.** Die ca. 600 Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollspinnerei Häfky in Creva bei Luino (It. Tessin) haben wegen verweigerter Lohnreduktion die Arbeit eingestellt, des-

gleichen sind die italienischen Erdarbeiter beim Straßenbau Nichtensteig-Hochsteig (It. St. Gallen) in den Streik getreten.

**Für die Errichtung von Betriebswerkstätten in Zürich** sind die organisierten Schneider daselbst in eine Bewegung eingetreten. Auf eine bezügliche Zuschrift an die Schneidermeister-Organisation hat die Gewerkschaft eine dumme, läppische Antwort erhalten, die eine Verherrlichung der Heimarbeit sowie eine Entzweiung der Gehilfen versucht. Eine große, von ca. 300 Personen beiderlei Geschlechts besuchte öffentliche Schneiderversammlung protestierte gegen die Demagogie der Meister und beschloß: Eintreten für Errichtung von Betriebswerkstätten, Tarif mit Minimum und Besserstellung der Heimarbeiter durch Zuschlag von 10 Proz.

**Die Streikbewegung in Italien** hat zwar nicht mehr den Umfang und die Ausdehnung wie im vergangenen Sommer; sie ist jedoch noch nicht ganz erloschen. — In Florenz dauert schon seit Wochen ein Streik der Eisen- und Metallarbeiter. In Genua hatte vor kurzem ein Gasarbeiter-Ausstand stattgefunden; die Gasarbeiter drohen, von neuem in den Streik einzutreten, da ihre Forderungen noch nicht zur Durchführung gelangt sind. — Die Glasarbeiter von Turin streiken wegen Entlassung zweier ihrer Führer. — In Luino haben 800 Weber und Weberinnen die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer einen Lohnabzug von 35—50 Prozent durchzusetzen versuchten. — In Monza streiken ebenfalls bereits seit Wochen die Weber. — Der Streik der Hirten von Gravina dauert fort, jedoch hat ein Teil der Besizer bewilligt. — In Viterbo streiken die Waldarbeiter. — Große Versammlungen werden gehalten bezüglich des drohenden Ausstandes der Eisenbahn-Angestellten; die Direktionen der mittelländischen und adriatischen Eisenbahnen stehen zur Zeit mit der Organisation der Angestellten in Unterhandlung. — Arbeitslosen-Versammlungen haben dieser Tage in Rom stattgefunden, und es hat sich gezeigt, daß auch in Rom bezüglich in Italien die Arbeitslosigkeit zunimmt.

**Die Metallfabrikanten in Barcelona** haben beschlossen, den von den Arbeitern verlangten neunstündigen Arbeitstag abzuschneiden. Die ausländischen Arbeiter beschloßen infolge dessen, den Ausstand fortzusetzen.

## Sociales.

### Notstand giebt es nicht!

Im „Düsseldorfer General-Anzeiger“ stand dieser Tage das folgende Inserat:

Arbeiter Gesucht!  
10 anständig gekleidete Leute zum Verreiben von Warenproben gegen 25 M. Wochenlohn gesucht.  
Zu melden zwischen 3—4 Uhr im Hotel Continental, Düsseldorf, Königsaal.

Es ist, sagt Graf Posadowsky, in den Einzelstaaten die Arbeitslosigkeit besonders bemerkt worden. In den armen Ländern der reicheren Staaten ist es ein geflügeltes Wort: Ein Notstand existiert nicht. Und nun lese man, was in der „Düsseld. Volksztg.“ einer der Arbeitslosen, der sich selbst um die oben angelegten Stellen beworben hatte, schreibt:

„Da ich nun seit 14 Tagen nichts verdient habe, aber doch für Miete und für Frau und drei Kinder aufkommen muß, war ich schon um halb 3 Uhr dort, in der Erwartung, einer der ersten zu sein, um dann zuerst berücksichtigt zu werden. Als ich um halb 3 Uhr dort ankam, war ich nicht, wie ich mir vorgestellt, einer der ersten, es waren vielmehr schon circa 250 Personen vor mir dort, es kamen auch bis 3 Uhr noch einige Hundert hinzu, bis sich der Portier des Hotels genötigt sah, die Thür zu schließen, damit keiner mehr herein kommen sollte. Der Hausflur, die Treppen und die Korridore der Etagen standen dicht gedrängt voller Menschen, ohne diejenigen, die im Hotel, d. h. im Wirtschaftstram, Platz genommen hatten. Ein Polizeibeamter hielt die Ordnung im Gebäude aufrecht. Es war ein stürzendes Gedränge, das mich wie drinnen, zumal, als ein Herr sich durch die Menge zwängte und in ein kleines Privatzimmer ging. „Er kommt, er kommt!“ hieß es und alles drängte nach, dem Zimmer zu. Die auf der Treppe und den Korridoren stürmten die Treppe herunter. Diesen Anblick aufs Papier zu bringen, vermag meine Feder nicht. Noch keine Minute hernach sah ich denselben Herrn im Gedränge, laut bittend, ihn doch nicht so zu drängen, sich wieder dem Restaurant zu hinüber zu arbeiten. Als nun im Innern des Gebäudes die Polizei die Anwesenden zum Weggehen aufforderte, hatte man auf der Straße den Anblick, als ob eine große Volksversammlung auseinandergeginge. Polizisten mußten die Passage freigeben. Ich glaube lähnen behaupten zu können und eine große Anzahl Zuschauer bestärkten mich darin, daß 600 bis 700 Mann sich um diese zehn Stellen sozusagen gedrängt haben.“

**Zählungen von Arbeitslosen** haben am Sonntag in Dresden mit Umgebung und in Nürnberg stattgefunden. In Dresden und den Vororten einschließlich des industriellen Plauenischen Grundes wurden 10 170 Arbeitslose gezählt. In Nürnberg wurden 4891 Arbeitslose gezählt, darunter 649 weibliche Personen. Nur ein kleiner Bruchteil dieser Arbeitslosen ist organisiert.

**Bindende Wirkung der Tarifverträge.** In Dresden besteht zwischen den organisierten Arbeitern und Unternehmern im Maurergewerbe eine Tarifvereinbarung, durch welche auch die Kündigung bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses ausgeschlossen ist. Ein Maurer, der der Organisation nicht angehört, waren mit einem Unternehmer in Differenzen geraten und klagten deswegen auf Lohnminderung wegen Kündigungsfrist-Entlassung. „Gehören Sie nicht Ihrem Verbands an?“ fragte sie der Vorsitzende des Gerichts. „Wozu haben Sie denn Ihre Organisation?“ erwiderte ihnen dieser auf ihre vermeintliche Antwort. „Es wurde ihnen bedeutet, daß sie mit ihrer Klage abgewiesen werden müßten, da durch den Tarifvertrag die Kündigung allgemein ausgeschlossen sei und ihnen dies bekannt war.“

**Arbeitslosigkeit in der Schweiz.** 350 Arbeitslose giebt es zur Zeit in Bern, 450 in Genf, je mehrere Hundert in Zürich und Basel und mehr oder weniger in zahlreichen anderen Orten. Bei der Arbeitslosenliste in Basel, die gegenwärtig fast 800 aktive Mitglieder zählt, haben sich etwa 100 Mitglieder arbeitslos gemeldet.

**Alterpensionen in England.** Die Konferenz der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Vertreter Großbritanniens tagte am 14. und 15. Januar in London. Ueber das Resultat, daß wir schon kurz erwähnten, wird uns von unserm Londoner Korrespondenten noch geschrieben: Die Diskussionen zeigten einen radikalsten Charakter, als man den Vorbereitungen nach angenommen hatte. Daß es so gekommen ist, zum großen Teil Mr. Steadman, dem Präsidenten des Parlamentarischen Komitees des Trades Unionkongresses zu verdanken. Das Ergebnis der Debatten drückt sich in folgender Resolution aus: „Die Konferenz erachtet es als eine dringende Notwendigkeit, daß die Regierung ein nationales System von Alterspensionen einführt; es soll universal in seiner Anwendung sein; alle Bürger und Bürgerinnen, ohne Ausnahme, sollen beim Erreichen des 60. Lebensjahres zu einer Pension von mindestens 5 Schilling (= Mark) die Woche berechtigt sein; die Kosten sind vom Staate durch eine Reichsteuer aufzubringen.“ Dieser wäre es, wenn die Konferenz anstatt „Reichsteuer“ eine „Reichs-Einkommensteuer“ vorge schlagen hätte. Wie mir einige Delegierte mitteilten, hielt die Konferenz eine Alterspension nach deutschem Muster für ganz ungenügend. Besonders waren sie gegen Beiträge von Seiten der Arbeiter.

## Aus der Frauenbewegung.

**Der Verein Schöneberger Frauen und Mädchen** hielt am 15. d. M. seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Da Fräulein Dr. Springer verhindert war, sprach Fanny Imle über den Nutzen der Gewerkschaften unter reichem Beifall. Heute, Dienstagabend,

findet in Tempelhof, im Lokal von Adel, Germaniastr. 1, und am Mittwoch, den 22. d. M., in Wilmerdorf in Willes Volksgarten eine Versammlung statt. In beiden wird Fr. Imle über das Thema: „Wie können die Frauen ihre wirtschaftliche Lage verbessern?“ sprechen.

### Die Förderung der Erwerbsfähigkeit der Frau.

Die Frauenbewegung“ schreibt aus Baden: Die Abteilung Pforzheim des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium“ hatte an die Zweite Kammer seiner Zeit um Einstellung von Mitteln zur Förderung des Handelschulwesens für weibliche Lehrlinge und Gehilfen petitioniert. Die Petition wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Das Ministerium war in der Lage, diesem Verein, sowie den gleichartigen Vereinen zu Heidelberg und Freiburg, von denen entsprechende Gesuche bei dem Ministerium eingekommen waren, für die von ihnen eingerichteten kaufmännischen Unterrichtskurse für Frauen und Mädchen staatliche Beihilfen im Betrag von 2000 Mark schon für das Jahr 1901 zu gewähren. Diese auf die Förderung der Erwerbsfähigkeit der Frauen abzielenden unterrichtlichen Veranstaltungen sollten auch fernerhin durch Gewährung staatlicher Mittel unterstützt und dem großherzoglichen Gewerbeamt unterstellt werden, um einen einheitlichen Lehrplan herbeizuführen.

Sehr schön, daß die badische Regierung sich der weiblichen Bildung so bereitwillig annimmt. Um so mehr läßt sich hoffen, daß sie die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen möglichst bald einführen werde, da unzweifelhaft hiermit das meiste und beste für „Förderung der Erwerbsfähigkeit der Frauen“ erreicht werden kann.

### Frauenrechte in Oesterreich.

Die Frauen in Oesterreich, die das Wahlrecht zu den Gewerbe-gerichten schon haben, sind jetzt auch zum Wahlrecht in Steuerfachen zugelassen worden. Zur Erhebung der neuen Personal-Einkommensteuer wird eine Einkünfte-Kommission gebildet, deren Mitglieder zur Hälfte von der Regierung ernannt, zur Hälfte von den betreffenden Steuerpflichtigen aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Frauen, welche selbständiges Einkommen besitzen, haben das Recht sich an der Wahl zu beteiligen. Die Zahl dieser Wahlfähigen — freilich nicht Wahlberechtigen — ist von vornherein sehr eingeschränkt, indem der Besitz an Rente oder Erwerbseinkommen der Ehefrau den Einkommen des Mannes zugerechnet wird; es handelt sich also nur um Geschiedene, Wittven und Unverheiratete. Daher zählt man in Wien auch nur 25 000 Wählerinnen neben über 200 000 Wählern. Aber auch eine verhältnismäßig kleine Zahl von Stimmen kann unter Umständen ein ausschlaggebendes Gewicht in die Waagschale werfen. Dringend werden die Wahlberechtigten aufgefordert, von ihrem Rechte den weitgehendsten Gebrauch zu machen. Man mahnt sie, durch eifrige, allgemeine Beteiligung, sowohl in Wien als im ganzen Lande, zu beweisen, daß die Frauen jedes öffentliche Recht, das ihnen gegeben wird, als Ehrenpflicht in gewissenhafter Weise wahrzunehmen. Da auch ein kleiner Erwerb schon zur Wahl berechtigt, befinden sich unter den Wählerinnen auch Arbeiterinnen in größerer Anzahl. Bei der vorzüglich geschulten Arbeiterpartei in Wien, bei dem regen politischen Leben unter den Arbeiterinnen, deren treifliche Leiterinnen es verstanden, die schimmernde Energie in den Töchtern des Volkes zu wecken, läßt sich wohl erwarten, daß von dieser Seite alles gethan werden wird, um das kleine Ständchen neuen Rechtes in vollem Maße zu verwerten.

**Das Frauenstimmrecht in Norwegen.** Das Konstitutions-Komitee des norwegischen Storting hat sich kürzlich mit zwei dem Storting vorgelegten Anträgen bezüglich des staatsbürgerlichen Frauenstimmrechts befaßt. Das Komitee hat einstimmig beschlossen, die Anträge nicht zur Annahme zu empfehlen, da für diese Reform nicht die nötige Sympathie unter den Stimmberechtigten vorhanden sei und man auch erst abwarten müsse, welche Wirkung das neu eingeführte kommunale Frauenstimmrecht auf die Gemeindegewaltungen ausüben werde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Deputiertenkammer.

**Paris, 20. Januar. (B. L. V.)** Herr Interpelliert über die Weigerung des Haager Schiedsgerichtshofes, das Ansehen der Südafrikanischen Republik und des Orange-Freistaates zu prüfen. Der Redner betont, daß Europa nicht in den ungleichen Kampf eingegriffen habe und daß die Entscheidungen der Haager Konferenz allein die Signatarmächte betreffen. Die Mächte könnten indessen ihre Vermittelung anbieten, obwohl das als ein unfremdlicher Akt betrachtet würde. Er glaube, daß der gegenwärtige Augenblick günstig dazu sei, er erinnere nur an die Verletzung der Gesetze über die Kriegführung. Der Vize-Präsident spielt auf die Hoffnungen an, die einst der Südafrikanischen Republik gemacht worden seien durch ein andres Land als Frankreich, und an die Worte eines Ministers, der gesagt habe, daß Transvaal das Grab der Engländer sein würde. Frankreich müsse danach streben, dem Kriege ein Ende zu machen. Léon Bourgeois erkennt an, daß die Haager Konferenz bisher nicht die erwarteten Ergebnisse gehabt habe; aber man dürfe an der Zukunft nicht verzweifeln. Der Minister des Auswärtigen Deleassé erklärt, man sei immer sicher, ein Echo zu finden, wenn man sich an die Gesetze der Menschlichkeit wende. Die Redner, welche dies gethan hätten, würden es aber auch natürlich finden, daß der Minister des Auswärtigen andern Erwägungen gehorche; er erkläre, daß die Signatarmächte der Haager Konferenz sicher die Schreden des Krieges hätten vermindern wollen; sie hätten aber hinzugefügt, daß man gewissen Umständen Rechnung tragen müsse. Wer werde, fragt der Minister, Richter dieser Umstände sein? Derjenige, der sich zum Richter machen wolle, würde Gefahr laufen, Konflikte zu verursachen. Der Verwaltungsrat des Schiedsgerichtshofes habe sich nur inkompetent bezüglich der Südafrikanischen Republik erklären können. Er seinerseits würde kein Bedenken tragen, die Initiative zu einer Vermittelung zu ergreifen, wenn dieselbe von beiden Parteien angenommen würde. Aber bisher gestalte nichts die Annahme, daß es dazu kommen werde. Man müsse den Krieg führen, um das Ende desselben herbeizuführen. Hierauf wird die von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung mit sehr großer Mehrheit angenommen und die Sitzung aufgehoben.

**Hamburg, 20. Januar. (B. L. V.)** Der Dampfer „German empire“, seit Jahren in regelmäßiger Reisefahrt zwischen Hamburg und Liverpool, ist auf der Rückfahrt nach Hamburg heute bei dem Reubarfingertel in der Nähe von Speersdorf im Hebel gestrandet. Das Schiff ist voll Wasser; die Besatzung konnte gerettet werden.

**Reut, 20. Januar. (B. L. V.)** Heute früh um 6 Uhr brach in der Pfingst-Alexander-Trennung Feuer aus. Die Wächterkammer brannte vollständig aus. Die Feuerwehre verhinderte durch sofortiges Eingreifen eine weitere Ausdehnung des Brandes. Die Polizei vermutet Brandstiftung.

**Wien, 20. Januar. (B. L. V.)** In der Nähe der Station Trautmannsdorf der österreichisch-ungarischen Staatsbahn geriet ein Petroleum befördernder Lastzug in Brand. Vier Bahnbetriebsleute wurden schwer verwundet.

**London, 20. Januar. (B. L. V.)** Unterhans Gibson Bowles fragt den Parlament-Untersekretär Cranborne, ob er jetzt Aufschluß geben könnte über den Zweck des geheimen Vertrages zwischen England und Deutschland im Jahre 1890 und ob er dem Hause verkünden könne, daß der Vertrag sich nicht auf die projektierte deutsche Eisenbahn in Klein-Asien beziehe. Cranborne erwiderte, der Vertrag sei geheim, er könne darum keinen Aufschluß geben.



Reichstag.

122. Sitzung vom Montag, 20. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgender, von allen Parteien unterstützter Antrag Dr. Krenndt: Der Reichstag wolle beschließen, die verbundenen Regierungen zu ersuchen: durch einen Nachtragsgesetz zum Reichshaushalts-Gesetz für das Rechnungsjahr 1901 die Anzahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom 1. Januar 1902 ab herbeizuführen.

Der Antrag wird debattelos und einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Nach Erledigung einer Rechnungssache setzt das Haus die Besprechung der Interpellation Albrecht u. Genossen, betreffend Mahregeln gegen die Arbeitslosigkeit fort.

Geheimrat Wehrmann:

Herr Venzmann hat behauptet, daß kurz vor dem Altenbeken Unglück auf der betreffenden Strecke Altenbeken-Paderborn die Zahl der Bahnwärter vermindert sei. Das ist unrichtig. Die Zahl der Bahnwärter auf jener Strecke ist seit 10 Jahren dieselbe. — Daß bei der Durchfahrt des Kronprinzen besondere Schutzmaßregeln getroffen werden, ist selbstverständlich. Uebrigens konstatiere ich, daß wie natürlich infolge des gesteigerten Verkehrs die Zahl des Personals erheblich vermehrt worden ist. Für 1. Dezember v. J. waren 1884 Arbeiter über den Bedarf vorhanden. Sämtliche Eisenbahnbehörden sind angewiesen, die Vauprojekte zu beschleunigen. Das ist bereits im September verfügt worden und die Folgen haben sich bereits in vermehrter Einstellung von Arbeitern gezeigt. Selbstverständlich ist auch, daß so weit irgend möglich zunächst inländische Arbeiter angenommen werden.

Abg. Hoch (Soz.):

Herr Abg. Hoch dankte dem Grafen Posadowsky für die Mitteilung des amtlichen Materials. Ich kann mich diesem Danke nicht anschließen, weil mir das Material völlig wertlos zu sein scheint. Die amtlichen Berichte beruhen nicht auf zuverlässigen statistischen Erhebungen, sondern auf mehr oder weniger willkürlichen Schätzungen von solchen Personen, deren Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit, deren Fähigkeit für solche Arbeiten wie zu beurteilen gar nicht in der Lage sind. Dazu kommt, daß sich das amtliche Material auf Verhältnisse bezieht, die vor mehreren Monaten galten, und überholt worden ist durch die Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die seitdem eingetreten ist. Das Material ist also gar nicht zuverlässig, nicht einmal das für Berlin. In Dresden und Sororten sind bei der gestrigen Arbeitslosenzählung 9300 Arbeitslose gezählt worden, Arbeitslose und nicht Arbeitssuche, Graf Kautz! Ein klassisches Beispiel für die absolute Wertlosigkeit des amtlichen Materials giebt uns der Bericht des Polizeipräsidenten von Frankfurt a. M., den Graf Posadowsky am Freitag vorlas und wonach von Arbeitslosigkeit so gut wie nichts zu zu hören sei. Der Polizeipräsident berief sich dabei auf den Bericht der Centrale für private Fürsorge. Seit Freitag aber sind in Frankfurter Blättern Aufsätze jener Centrale erschienen, in denen es heißt, daß in Frankfurt die Arbeitslosigkeit in so unerwartet großem Maße hervorgerufen ist, so daß die städtische Beihilfe allein dem Uebel nicht steuern kann, sondern Privatbeihilfe notwendig ist. Die Auskunft, die uns Graf Posadowsky vorgelesen hat, stammt jedenfalls aus viel früherer Zeit und ich wundere mich nur, wie der Herr Minister auch nach den letzten Vorgängen in Frankfurt a. M. es fertig bringen konnte, uns diesen ganz veralteten Bericht vorzulesen. — Der Bericht des Regierungspräsidenten weist übrigens darauf hin, daß die von unsren Parteigenossen in Frankfurt ergebene Forderung, die Stadt möge größere Geldmittel für Notstandsarbeiten bewilligen, von beiden städtischen Körperschaften einstimmig abgelehnt ist. Das ist aber ganz erklärlich, infolge des plutokratischen Wahlsystems ist es den Frankfurter Arbeitern nur möglich geworden, einen Vertreter der Arbeiter in das städtische Parlament zu entsenden, den Dr. Quard. Er hat städtische Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit verlangt, der Antrag ist aber abgelehnt worden, obwohl ihn auch der nationalliberale Stadtrat unterstützte und es für nötig bezeichnete, für mindestens 350 000—500 000 M. städtische Bauten und zwar sofort zu beginnen. Von alledem befragt der Bericht des Wiesbadener Regierungspräsidenten kein Wort. So unzuverlässig das amtliche Material ist, so wird ein gewisser Notstand doch jetzt von niemand mehr bestritten. Besonders muß die Arbeiter erbittern, daß der jetzige Mangel an Arbeit verschuldet ist durch die wahnwitzige Jagd der Unternehmer nach Profit in den Zeiten der Hochkonjunktur. Die Zeit der Hochkonjunktur wird sehr gepriesen und die reichen Leute haben auch volles Recht dazu. Interessant sind die Zahlen der amtlichen statistischen Korrespondenz, die jüngst erschienen sind über die Ergebnisse der Einkommensteuer in Sachsen und Preußen. Danach ist die Zahl der Personen, die ein Einkommen von über 100 000 Mark versteuern, in Preußen gewachsen von 2830 im Jahre 1896 auf 3277 im Jahre 1900 und in Sachsen in demselben Zeitraum von 394 auf 583 Personen. Das ist eine außerordentlich starke Zunahme, die weit über die Zunahme der Bevölkerung hinausgegangen ist. In der gleichen Zeit ist das Durchschnittseinkommen dieser Personen in Sachsen von 218 400 auf 236 600 M., in Preußen von 257 000 auf 306 000 M. gestiegen. Das Vermögen der Reichsten ist also kolossal gewachsen. Das Gesamteinkommen derjenigen Personen, die über 100 000 Mark pro Jahr versteuern, ist von 490 850 600 im Jahre 1896 auf 1 140 699 800 M. im Jahre 1900 gestiegen. Diese Handvoll reicher Leute bezieht also ein Einkommen, das etwa dem Einkommen von 1 150 000 Arbeitern entspricht. Man hat davon gesprochen, daß in dem industriellen Aufschwung die Löhne gestiegen seien. Das trifft aber nur für die Industrien und Gegenden zu, wo die Arbeiter genügend gewerkschaftlich organisiert sind. Das statistische Material ist ja in dieser Beziehung sehr dürftig. Nach den Mitteilungen einer Orts-Krankenkasse sind die Löhne für männliche Arbeiter der Klasse von 1895—1900 von 2,54 M. pro Tag auf 2,87 M. pro Tag, für Arbeiterinnen von 1,44 M. auf 1,79 M. gestiegen. Also nur eine ganz minimale Steigerung selbst während des wirtschaftlichen Aufschwungs, besonders wenn man die Verteuerung der Lebensmittel in Betracht zieht. — Die Hauptfrage ist doch, ob der Arbeiter in der Lage ist, mit seinem Lohn seine Ausgaben zu decken oder gar noch einen Ueberschuß zu machen. Da ist sehr interessant eine Aufnahme des Statistischen Amtes in Berlin. Sie bezieht sich auf 120 Familien der minderbemittelten Bevölkerung. Was darunter verstanden wird, ersehen Sie daraus, daß die angezogenen Löhne sich in der Höhe von 1050—4500 M. pro Jahr bewegen. Es sind also Leute dabei, die kaum noch Arbeiter zu nennen sind. Von diesen 120 Haushaltungen haben größere Ausgaben als Einnahmen 86 gehabt, 26 haben keine Schulden gemacht, aber auch keinen Pfennig erspart, in 44 Fällen nur zeigt sich ein Ueberschuß der Einnahmen gegenüber den Ausgaben. Unter diesen befindet sich aber keine Familie mit mehr als vier Kindern. Jede Familie mit größerer Kinderzahl kann mit den Löhnen nicht auskommen,

Von den 44 Familien fallen noch 28 weg, weil der Ueberschuß ganz minimal von 1 Mark bis 49 Mark ist. Irrend ein Unglücksfall in der Familie kann diesen Ueberschuß sofort in ein Minus verwandeln. Bei 10 Familien betrug der Ueberschuß 50—99 Mark, nur 6 haben einen erheblichen Ueberschuß mit mehr als 100 Mark erzielt. In einem Falle zum Beispiel arbeitet aber die Mutter und der erwachsene Sohn mit; auch die übrigen Fälle liegen besonders günstig. Während des großartigen industriellen Aufschwungs sind also die Arbeiter im allgemeinen nicht aus ihrer Bedrängnis herausgelommen. Aber ein andres Gesicht ist in der Zeit der industriellen Blüte hinzu gekommen: die furchtbare Zunahme der Betriebsunfälle. 259 765 schwere Unfälle (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) sind seit 1895 vorgekommen. 26 429 Personen sind dabei getötet, 37 111 Personen haben dauernde Erwerbsunfähigkeit dabei erlitten! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zunahme der Betriebsunfälle geht über die Zahl der Arbeiter hinaus, die Unfallgefahr hat also zugenommen. Während im Jahre 1895 auf 1000 Personen 6,25 Unfälle kamen, kamen im Jahre 1900 7,46 Unfälle auf 1000 Personen; die tödlichen Unfälle von 0,65 auf 0,74. Sehr charakteristisch ist der Vergleich der Steigerung der Arbeitslosigkeit des Harzener Bergwerkes und der Arbeiter. Im Jahre 1894/95 betrug der Bergarbeiter 898 192 M., im Jahre 1898/99 ist er auf das Fünffache (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), 4 707 188 M., gestiegen, dabei fanden für 2 1/2 Millionen Abfertigungen statt. Die verteilte Dividende stieg von 3 Proz. auf 14 Proz., die Löhne der Arbeiter betragen im Jahre 1897/98 — 3,94 M., im Jahre 1899/1900 — 4,27 M., sie sind also gerade um 33 Pfennige gestiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Millionen und Abermillionen haben die Unternehmer eingenommen, die Löhne der Arbeiter stiegen aber nur um Pfennige. Das ist die Interessensharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter, die von Herrn Hoge so außerordentlich gepriesen worden ist. Die herrschende Klasse muß unbedingt für Arbeitslosigkeit sorgen. Graf Posadowsky hat einen allgemeinen Notstand bestritten. Es kommt ganz darauf an, was man darunter versteht. Versteht man darunter, daß Millionen verhungern, so haben wir ihn nicht. Aber Genuß haben wir. Selbst die ganz unparteiische Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ hat dafür Beweise genug geliefert. Er stellt fest, daß im Dezember vorigen Jahres auf 100 offene Stellen 240 Arbeitsuchende kamen, im Dezember des Jahres 1900 170. Trotzdem wir also einen verhältnismäßig milden Winter haben, ist die Zahl der Arbeitslosen weit größer als im Vorjahre. Das selbe Bild bieten uns die Zahlen bezüglich des Rückgangs der Krankenkassen-Mitglieder. Also außerordentliche Maßnahmen sind unbedingt geboten. Freilich Graf Kautz fürchtet durch die Staatshilfe eine moralische Schädigung für die Arbeiter. Wenn aber Graf Kautz und seine Freunde für sich noch Staatshilfe schreien, dann findet er dabei nichts Bedenkliches. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Selbst Bismarck hat ja anerkannt, daß es Pflicht des Staates ist, geunden Arbeitern Arbeit zu geben.

Herr Hoge und Herr Gothein haben auf die Meinungsverschiedenheit in unsern Kreisen über die Krisen hingewiesen. Aber der gegenwärtige Zustand giebt ja gerade der Ansicht unter uns recht, die die da meint, daß die bürgerliche Gesellschaft die Krisen nicht überwinden kann, sondern in immer schlimmeren Krisen hineingerät. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Statt eine Regelung von unten heraus durch die Arbeiter zu erwarten, hofften die Verständigeren unter unsern Gegnern auf eine Regelung von oben herab durch die Unternehmerverbände, die Syndikate. Aber gerade jetzt hat sich gezeigt, daß die Syndikate diese Aufgabe, Regelung der Produktion, nicht erreicht, sondern die Krisis beschleunigt und verschärft haben. Diese Erfahrung sollte Ihnen Anlaß sein, nicht aber den Zukunftsstaat zu ipotieren. Wenn die herrschende Gesellschaft so unfähig sich erweist, die Anarchie der Produktion zu bändigen, so müssen die Arbeiter die Wirtschaftsweise in die Hand nehmen. Herr Camp, den Graf Posadowsky wegen gewisser arbeiterfeindlicher Äußerungen so scharf anließ, hatte doch recht, daß er die Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit als ganz ungenügend bezeichnete und auf die Vorgänge in Frankfurt a. M. hinwies. Mit wie merkwürdigen Mitteln die Arbeitslosigkeit von den Behörden bekämpft wird, dafür hat ja Graf Posadowsky selbst den Beweis geliefert. Er teilte mit, daß die preussische Eisenbahnverwaltung zwar die Löhne nicht gekürzt hat, aber doch den neu eingestellten Arbeiter geringere Löhne zahlt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch nichts anderes als Lohnrückertel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von einem Justizrat, das von dem Gelde der Gemeinheit, aus der Arbeiter, erhoben wird, können wir verlangen, daß es nicht in der Zeit der Arbeitslosigkeit in solch schmachlicher Weise die Löhne drückt. Geheimrat Bohrmann hat heute in bestimmtester Form erklärt, daß in der Gegend des Altenbeken Unfalls keine Entlassung von Arbeitern in den letzten Jahren vorgekommen ist. Aber der Verkehr ist doch dort gewaltig gestiegen und die Zahl der Beamten und Arbeiter ist nicht vermehrt worden. Der preussische Geheimrat hat es ferner als selbstverständlich bezeichnet, daß für den Kaiser und für den Kronprinzen besondere Vorsichtsmaßregeln auf dieser Strecke getroffen worden sind. Ich sehe nicht ein, aus welchem Grunde. Auch der begeistertste Monarchenverehrer wird zugeben, daß ein anderer Mensch auch ein Mensch ist, und daß der ärmste Arbeiter, der die Eisenbahn benützt, in der Sicherheit des Verkehrs dieselbe Rücksicht verdient wie der Kaiser. Der Verkehr muß auf alle Fälle gesichert sein. Zwischen Offenbach und Hanau ist vor nicht langer Zeit ein furchtbarer Unglücksfall passiert. Wir wird von zuverlässiger Seite gesagt, daß in diesem Bezirk zwar keine Entlassung der fest angestellten Beamten und Arbeiter erfolgt ist, wohl aber sind Hilfsbeamte abgehoben oder nicht weiter eingestellt worden. Ihre Arbeit ist auf die fest angestellten Beamten gefallen. So liegt eine schwere Verantwortung auf einer geringen Zahl von Leuten und jeden Augenblick könnten sie, daß ein Unglück sich ereignen kann. Gerade der preussische Eisenbahnsiskus treibt eine solche Ausbeutung der Arbeiter, daß er gar kein Recht hat, mit seiner Pflicht hier zu prunken. In den Blättern werden jetzt von Gefängnisdirektionen eine größere Zahl Gefangene zu Arbeiten angeboten, die eine besondere Kenntnis nicht erfordern. Wie kann ein sozialpolitischer Minister verantworten, daß den Arbeitern eine solche Konkurrenz gemacht wird. Angesichts der Schandthaterei, die hier getrieben wird, muß konstatiert werden, daß von einer Fürsorge für die Arbeitslosen nicht die Rede ist. Graf Posadowsky hat bestritten, daß das Reich nicht die Möglichkeit hätte, für Arbeitslosigkeit zu sorgen, es sei denn, wie er scherzhaft meinte, der Reichstag bewillige neue Kriegsschiffe; das ist ein recht eigenwilliglicher Scherz. Im Etat des Reichsamts des Innern ist eine lächerlich geringe Summe zur Förderung des Baues von Erholungsheimen für Schwindsüchtige eingestellt. Möge der Minister doch morgen mit einer Vorlage kommen und ein paar 100 Millionen Mark für den Bau solcher Erholungsheime verlangen. Wir würden sie bewilligen; es werden ja sonst so viel Schulden für Militärzwecke gemacht.

Es sind ja nun von allen Parteien eine ganze Reihe schöner Pläne und Versprechungen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit vorgebracht worden. Als wir aber zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs in den guten Jahren mit positiven Vorschlägen zum Schutze der Arbeiter kamen, da haben Sie uns im Stiche

gelassen. Damals war es angebracht, die Unternehmer, die wahnwitzig drauflos produzierten, wie Graf Posadowsky ausführte, etwas mehr zu belassen. Aber alle unsere Anträge wurden abgelehnt. Angesichts dieses Stillstandes der Sozialreform behauptet aber Graf Posadowsky, wie hätten ein Tempo in der Sozialpolitik eingeschlagen, daß andere Staaten nicht folgen könnten. Er verspricht uns eine Aufstellung, die dies beweisen sollte, aber bisher hat er sie noch nicht vorgebracht. Jedenfalls hat der Vergleich mit den anderen Staaten doch nicht das Bild gegeben, das er wünschte. Thatsächlich ist, was bei uns überhaupt an Arbeiterschutz geleistet ist, nur durch den fortwährenden Druck der Arbeiter ermöglicht worden gegen den Widerstand der Regierung und der Unternehmer. Die Arbeiter werden also die jetzigen schönen Versprechungen der Herren aus den bürgerlichen Parteien als das, was sie sind, das heißt als bloße Raubbild erkennen. Bezeichnend für die Arbeiterfreundlichkeit z. B. des Centrums, war die Neuherrung des Herrn Abg. Sped. Die bisherige industrielle Entwicklung müsse zurückgehalten werden. Auch Herr Hehl zu Herrnhelm ist ein ganz besonderer Arbeiterfreund. Er behauptete seiner Zeit mir gegenüber, bei seinen Arbeitern habe sich bis jetzt keine Tendenz gezeigt, den Gewerksvereinen beizutreten. Noch den mir gewordenen Mitteilungen sind aber die Arbeiter des Herrn v. Hehl davon überzeugt, daß sie sofort gemahregelt würden, wenn sie den Gewerksvereinen beitreten würden. Thatsache ist jedenfalls, daß die „Wormser Zeitung“, die stets die Ansichten des Herrn v. Hehl vertritt, die Gewerksvereine auf das heftigste bekämpft. — Graf Posadowsky riet den Arbeitern, die Krisis nicht noch zu verschärfen, indem sie vom Lande immer nach den großen Industriezentren strömten. Wollte Graf Posadowsky wirklich den Arbeitern empfehlen, sich unter keinen Umständen von den höheren Löhnen in den Städten verlocken lassen, sondern in dem Elend des Landarbeiters ihr ganzes Leben zu verbringen? Das kann man doch nicht annehmen. So schlimm die Verhältnisse in den großen Städten für die Arbeiter sind, die Verhältnisse auf dem Lande sind doch noch schlechter. Deshalb wollen die Arbeiter nicht unter die Fuchtel des Grundbesitzes zurück. Wenn alle Löhne der Großgrundbesitzerfamilien dem Rate des Ministers gefolgt und nicht dem Rufe nach Berlin gefolgt wären, so würden wir wohl einige Minister weniger haben. (Beifall.) Schlimm fände es um unser Land, wenn die Arbeiter nicht den Drang hätten, den unwürdigen Verhältnissen auf dem Lande zu entfliehen, wo sie schlecht behandelt werden, ja nicht einmal das Koalitionsrecht haben. — So lange Sie die Landarbeiter als Bürger zweiter Klasse behandeln, so lange Sie ihnen nicht die gleichen Rechte wie den Industriearbeitern gewähren, haben Sie kein Recht, über die Landflucht zu klagen. Die Oberherren wollen ja übrigens die Industriearbeiter gar nicht zurück haben; das haben die jüngsten Verhandlungen im Herrenhause gezeigt.

In Frankfurt a. M. hat die Polizei eine Rolle gespielt, die geradezu ein Skandal ist. Wir haben eine Ansammlung von Arbeitslosen gehabt, ganz naturgemäß, weil dort, wo die Ansammlung war, der Arbeitsmarkt eines Blattes verteilt wird. Wer die Frankfurter Straßen und hantlichen Verhältnisse kennt, wird wissen, daß ebenso natürlich die Arbeitslosen hernauf in Gruppen abzogen. Hierbei ist es nun zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Der Grund dieser Zusammenstöße lag aber nicht etwa darin, daß die Arbeitslosen Ausreitungen begangen hätten, nein, im Gegenteil, die Polizei hat diese Ausreitungen geradezu provoziert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Bising:

Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht von der Polizei eines deutschen Bundesstaates behaupten, daß ihre Rolle ein Skandal sei und daß sie Ausreitungen provoziert, ich bitte Sie, sich in Ihren Ausführungen zu nähigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoch (fortfahrend):

Die Frankfurter Arbeiter sind bekannt wegen ihrer ruhigen Art. Die Frankfurter Polizei aber hat nicht Ausreitungen verhindert, sondern sich vielmehr so benommen, daß Ausreitungen eintreten mußten. Augenzeugen berichteten, daß die Polizei durch ihr ungeschicktes Benehmen die Unruhen förmlich provoziert hat. Nebenher verliest einen Artikel eines Frankfurter Blattes, wonach die Polizei mit Dämonen rüchlos auf die Menge eindrang. Wer nicht rechtzeitig flüchtete, lief Gefahr, einfach niedergetreten zu werden. Man bemerkte eine Anzahl Frauen, die ganz zufällig in den Schwarm hineingerieten. Einige Schnupfen gebärdeten sich wie rasend. Wer ihnen in den Weg kam, wurde geköpft. —

Vizepräsident Bising (unterbrechend): Sie lesen einen längeren Artikel aus einer Zeitung vor. Ich bemerke, daß Sie nicht die Genehmigung des Präsidenten dazu eingeholt haben. Ich halte lange Vorlesungen, in denen Sie dasselbe mitteilen, was ich schon vorhin geteilt habe, nicht für angemessen. Ich möchte Sie bitten, darin nicht fortzufahren.

Abg. Hoch (fortfahrend): Herr Präsident, ich muß mich selbstverständlich Ihren Anordnungen fügen. Ich möchte aber zu meiner Rechtfertigung nur das eine bemerken, daß ich in diesem Hause sehr viel längere Vorlesungen mit angehört habe. Vizepräsident Bising: Ich möchte dazu nur bemerken, daß dann jedesmal die Genehmigung des Präsidenten dazu eingeholt worden ist.

Abg. Hoch (fortfahrend):

Thatsache ist, daß eine große Reihe von Personen verhaftet sind, die absolut nichts getan haben. Diese unerhörten Vorgänge sind auch in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung ausführlich erörtert worden. Da hätte auch die Regierung die Pflicht gehabt, sich um diese Vorgänge zu belämmern. Freilich, die Polizei ist nur so vorgegangen, weil sie glaubt, damit Ihren Absichten, Herr Staatssekretär Graf Posadowsky, zu entsprechen. Sie hat gehandelt im Geiste der von dem 12000 Mark-Minister vorgelegten Nachhandvorlage. Wenn die Regierung mit so schlechtem Beispiel vorangeht, dann kann sie sich nicht wundern, wenn die unteren Beamten auf das Zuchtshausgesetz nicht erst warten, sondern gleich mit Prühlen und Gummischläuchen auf die Arbeiter einschlagen. Ihre schlechte Meinung von der Polizei in allen Ehren, aber in Ihrer Praxis handeln Sie doch ganz anders. Sie wünschen die Polizei nur da nicht, wo es gilt, die Unternehmer und Großgrundbesitzer zu belästigen, wenn es sich um die Bedrückung der Arbeiter handelt, dann schreiben Sie nach noch viel mehr Polizei. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Bising: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, nicht immer dem Herrn Staatssekretär direkt anzureden, sondern zum Hause zu sprechen.

Abg. Hoch (fortfahrend):

Man behauptet, daß der Staat nicht nur eine notwendige, sondern eine wohlthätige Einrichtung sei. Die Politik, die Sie jetzt gegenüber der Frage der Arbeitslosigkeit betreiben, gegenüber dem angeblichen Notstand der Reich in den Lande, der Großgrundbesitzer, die zeigt allerdings auch dem am wenigsten aufgeklärten Arbeiter, was dieser Staat für eine Einrichtung ist, eine Einrichtung zur verbrecherischen Ausbeutung und der Ausplünderung der Arbeiter. (Unruhe rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Bising: Herr Abgeordneter, wegen des letzten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)



Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Herr Vorredner hat behauptet, daß in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges nichts zum Schutze der Arbeiter...

Abg. Hoch hat die von mir verlesenen Berichte angegriffen. Ich habe aber nicht die Verantwortung für diese Berichte übernommen...

Ich bedaure die Äußerung des Vorredners, die Polizei habe diese Ausschreitungen provoziert, ich habe aber weder ein Recht noch die Neigung...

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Graf Hohenthal:

Herr Hoch scheint zu glauben, eine unrichtige Behauptung werde dadurch richtig, daß man sie wiederholt. Herr Jubel hat am 17. d. M. gesagt...

Geheimrat Wehrmann:

Ich wiederhole, daß in der Befestigung der Strecke nichts geändert worden ist. Weder Beamte noch Hilfsbeamte sind entlassen worden...

Abg. Silba (natl.):

Ich möchte nachzuweisen, daß an dem Förder Vergwerke nicht Geld gewonnen, sondern verloren gegangen sei. Jahrelang sei weder von einer Vergütung noch von einer Dividende die Rede...

Wird. Sie dürfen doch nicht die amerikanischen Verhältnisse zum Ausgangspunkt für alle handelspolitischen Verhandlungen mit anderen Staaten machen...

Abg. Dr. Paschke (fr. Vg.):

Eine umfangreiche Arbeitslosigkeit besteht unzweifelhaft und wir müssen auf Mittel zur Abhilfe sinnen. Was die Ursachen der Krise anlangt...

Manigfache Warnungen von unserer Seite gingen der Krise voran. Auch die Reichsbankleitung zog ein Warnungssignal auf, das sich darstellte in dem Bankinsolvenz von 7 Proz. für Wechsel...

Ein Vertragssatzung wird hierauf angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen, kleinere Vorträge).

Veranstaltungen.

Eine imposante Kundgebung gegen den Militarismus war die Vollerhebung, welche der Vertrauensmann des ersten Reichstags-Wahlkreises am Sonntag nach dem Reichspalast einberufen hatte...

Punkt 12 Uhr nahm Genosse Debel, mit stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. 'Stehendes Heer oder Volkswehr mit besonderer Veranschlagung des Voerenskrieges' lautete sein Thema...

Dem zweistündigen Vortrage folgte ein anhaltender Beifallssturm. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen hatte...

Vereinskalender.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Alexandrinenstraße 26, Gartenhaus. Gedruckt von 5 1/2 - 10 Uhr abends...

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. II. Vorstand: A. Günther, Wilhelmstraße 134. Erster Kassierer: Selbst, Friedrichstraße 16...

Arbeiter-Mancherbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebertow, Berlin, Luisenparkstraße 44, IV. Dienstag: Reuß, Eidorado, Grotzer Weg 120...

Wesung, Turn- und gesellige Vereine. Dienstag. Schöneberger Theaterverein, Wilhelmshof, Oberstr. 81. Sängerkorps II des Berliner Spor- und Bauvereins...

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an C. Bräse, Panstr. 21. Dienstag: Reymann (Weihenau), abends 7 1/2 Uhr, Adolfsplatz 85a...

Arbeiter-Stenographenverein 'Solze'. (Einigungssystem.) Bezirk 'Norden', bei Kleinert, Schulstr. 29, abends 8 1/2 Uhr.

Central-Verband der Bildhauer Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin). Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus...

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. Heute abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 57 bei Bauer: Mitgliederversammlung...

Verein der Mineralwasser-Arbeiter. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal, Schmidtstr. 21. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes...

Eingegangene Druckchriften.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Drey-Verlag) ist soeben das 16. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Und dem Inhalt haben wir hervor: Baldows Woche...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zurechnung Rubel täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends hat. C. Wandke. 1. Sie erben nach württemberg. Recht...



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Urania.

**Tauben-Strasse 48/49.**  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Frühlingstage an der Riviera**  
Im Hörsaal um 8 Uhr:  
**Vulkanismus der Erde.**  
Invalldenstr. 57/62.  
**Tägl. Sternwarte.**

**Castans Panopticum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Neu! Der bedeutendste  
**Kraftturner**  
der Welt, der Berliner  
**Alex Meyer**  
Phänomenale Muskulatur!

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72/73.  
Morgen und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung:  
**Seine Kleine.**  
Große Berliner Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
Paula Worm u. G., Guido Thielscher, Helmerding, Junfermann, Baumüller, Gerda Balde, Boje, Wannebusch, Junfer-Schay. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
Sensationeller Erfolg:  
**Grant u. Maud**  
**Willi Walden**  
**Stack u. Milton**  
**D' Loischthaler**  
**Georg Kaiser & Ilka Paulel**  
**König Aqua.**  
Anfang 8 Uhr.

**Palast-Theater**  
(früher Regen-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Das effektivste wunderbare  
**Januar-Programm.**  
Um 8 1/2 Uhr: Noch kurze Zeit die humorvolle stets neue Ausstattungs-Gesangs-Burleske  
**Großstadtzauber.**  
Hugo Lustig: Dir. H. Winkler.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Freitag, den 31. Januar:  
**Sommerfeld-Benefiz.**  
Die süßen Mädel. Operette.  
Auftreten des Dir. W. Fröbel.

**Belle-Alliance-Theater.**  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwan u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Paul Sondermann, Ferd. Worms, Rigi Wirtner, Rosa Marton.  
Hierauf: **Gr.** Pariser Lebensbild in einem Akt.  
Lilly Nelson, Denny Gärtner.

**Schall und Rauch, (Kleines Theater)**  
Unter den Linden 44.  
Dienstag, den 21. Januar 1902:  
Zum 60. Male:  
**Vorstellung vor Serenissimus.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11.  
**Damen-Luftkampf**  
ausgeführt von 12 jungen Damen.  
Neu! Der Gesangs-Humorist  
**Amon**  
in seinen Zwerchfell erschütternden Bauertypen.  
Neu! Schindler,  
der phänomenale Mundharmonika-Virtuose.  
**Michel Mayer,**  
der stärkste Mann der Welt, zählt 1000 Mk. dem, der seine Hanteln nummert,  
**16 erstkl. Nummern.**

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sängerkapelle**  
Neu!  
**Die Zillerthaler.**  
Neu!  
**Die Volkskühnen.**  
Nach jeder Tanz. TANZ.  
Entree 50 u. 75 Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochent. Bereindbillets gültig und Tanz frei.

**E. von Wolzogens**  
**Buntes Theater (Weberstr.)**  
Köpnickerstr. 68.  
Dienstag, den 21. Januar 1902:  
**Lina Abarbanell, Bozema Bradsky u. Oskar Strauss.**  
U. a.: „Maientans“, Musik von Schindler. „Steppke“, von Jon Lehmann. — Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.**  
Votringergstr. 37.  
Debat der reizenden Schwedinnen  
**Geschw. Lirés.**  
Nur noch kurze Zeit „Weihnachten“, Günther u.  
Kafang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

**Charivari-Brett'l**  
Alte Jakobstr. 37.  
**Pepl Weiss**  
**Helena Dyas**  
**Stella Ruth**  
**Albert Kühne**  
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

**Trianon-Theater**  
Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr.  
**Lebende Lieder.**  
Anfang abends 8 Uhr.  
**Cirkus A. Schumann.**  
Dienstag, den 21. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Zum 108. Male die größte und längendste Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart in 8 Akten  
Der Schläger der Saison  
**Quer durch Paris.**  
Vorher das großartige Januar-Programm. Die Sensation des neuen Jahrhunderts:  
**Troupe Mirza Golem.**  
Reu! Persisch-kaukasische Karawane.  
Reu! Das lebende Karussell.  
Reu! Jeux carieux sur chameaux.  
Reu! Die Original-Bicycle-Truppe.  
Reu! Die musikal. Gerichtsverhandlung.  
Reu! Die vorzüglichsten unsterblichen Glorion-Bim-Bom.  
Die unerredet besten Original-Dressuren des Dir. A. Schumann u.

**Cirkus Busch**  
Dienstag, 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Vorstellung: **Klondike.** Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Die süßliche **Comtesse X.**

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungsalokale Berlins  
**Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung**  
**Ausschank:**  
**Berliner Bock-Brauerei.**  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.  
Oekonom: Gustav Prellinger.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sängerkapelle.**  
Anfang Wochent. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Achtung! Vereine.**  
Im März sind noch einige Sonn-  
abende frei. 32850\*  
Schul-  
Wedding-Kasino, Straße 29.

**Louis Kellers Festsäle**  
Roppenstr. 29.  
Jeden Dienstag:  
**Norddeutsche Sängerkapelle**  
(Fahrman, Horst, Walde).  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
52329\* Nach jeder Sotire:  
**Familien-Kränzchen.**  
— Bots haben Gültigkeit. —  
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kasanien-Allee.

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassig. Direction:  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. **J. M. Hatt.**  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

**Grosse Indische Menagerie**  
im Exerzierhaus  
(am Brenzlauer Thor)  
Votringergstr. 1-7.  
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
Entree: I. Platz 1 Mk., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf L. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
Die Direction: **Frosso.**

**Ball- und Cottillon-Artikel.**  
Sämtlicher Festlichkeitsbedarf für Vereine, Masken, Dekorations-, Scherz-, Baub-, Cottillon-Artikel in großer Auswahl. Billige Preise.  
**Paul Schmilcke, Berlin, Friedrichstr. 235.**  
Tel. Via Nr. 11873. [32310\*]  
Freigelegt auf allen Weltausstellungen.  
**Gegen**

**Gicht**  
Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., Blutandrang  
ist vielseitig ärztlich empfohlen — ohne Berührung —  
**Monhaups Citronensaftkur**  
mit naturbeliebenem milden Citronensaft von reifen „Citromon“ gesch.  
Berle und schichte Vorberende 1 Flasche „Citromon“, d. i. Saft von 20 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilo, d. i. Saft von 20 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Anwarts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kurplan und Dankschreiben vieler Geheilten.  
Täglich frische Pressung.  
**P. Monhaupt, Berlin, Schönhauser Allee 177.**  
Fabrik sanftener Spezialitäten.  
Sonst nirgends zu haben.  
Telephon: Amt III. No. 98.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

**1 1/2 Millionen Mk.**  
sind mit einem Los zu gewinnen. Jedes Los mitbringend ein Gewin. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einlös, daher bei Auslosung kein Mißfall. Keine Klassenlotterie, keine Zertifikate oder Intenlose. Geheiß: **erlaubt! Kein Schwindel!** Jeder überzeuge sich erst und verlange Probest.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
st. Pfand (edders zum Rechen). Schlauchfeder, wie sie in d. Gans fallen, mit allen Dunen III. 1,50, II. 1,00, I. 0,50, bessere Gänsefedern III. 2,50, II. 3,00, beste Schweizer III. 3,50, russische Dunen III. 3,50, weiß bohüm. Dunen III. 5,00, gezeichnete Federn III. 1,50, 2,00, 2,50. Prima gefüllte III. 3,00, 3,50. Dreifach gegen Nachahmung.  
Berlin S. Gustav Lustig, Oranienstr. 46a.  
Erste Gänsefedernfabrik m. elektr. Betriebe. Diese Markenmaschreib.

**Masken-Garderobe**  
von **Carl Ernst,**  
Röpnickerstr. 126, 1 Tr.  
Größte Auswahl! Billigste Preise! Borgelegt dieser Annonce erd. 10% Preisermäßigung.

**Das beste Genussmittel für den Magen**  
und unentbehrlich für jede Haushaltung ist  
**Dr. med. Woerleins Magentrank**  
a Mt. 1,-, 1,50, 3,- per Flasche.  
Nur echt mit vollem Namenszug Dr. med. Woerleins, prakt. Arzt.  
Ferner nach dessen Vorschrift:  
**Diätische Thees.**  
Fabrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.  
Erfolgreich in Berlin:  
C.  
Dr. Albert Bernards Einhorn-Apothek, Rurstr. 34/35.  
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Königsstr. 69.  
A. Thieme & Co., Sandbergerstr. 54.  
Otto Kretschmar, Robertplatz 67.  
Robert Goetze Nachf., Auguststr. 30.  
Bernhard Mook, Alte Schönhauserstr. 42.  
Doehbel & Co., Ränzstr. 30.  
Gebr. Schlüter Nachf., Hofer Steinweg 9-10.  
P. Hasse Nachf., Niederwallstr. 28-29.  
Max Arndt, Seydelstr. 31a.  
Richard Loose, Roter Wilhelmstr. 12.  
W.  
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.  
C. A. Winkler Nachf., Droguerie, Rurstr. 139.  
Max Eckert, Adler-Droguerie, Rulmstraße 1. Ute Alvenslebenstraße.  
Bruno Stirkow, Rosenbosplatz 8.  
W. Köppen, Alvenslebenstr. 26a.  
Dr. H. Rosemann & Co. Nachf., Polsterstraße 24.  
Hans Schoone, Rogdeburgerstr. 25.  
Eugen Gwin, Vinsir. 15.  
Paul Oelgart, Tennendamm 14.  
M. F. Berger, Neue Steinwegstr. 3.  
NW.  
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Vinsir. 39.  
Herm. Bardorf, Geydofstr. 30.  
H. Bischoff, Beckstr. 31.  
Herrlich Mehlitz, Bebbowstr. 42.  
F. u. R. Rades, Wilhelmshagenstr. 52.  
Felix Günther, Straußstr. 40.  
Hans Nossack, Stephanstr. 56.  
SW.  
Franz Schwarzlose, Leipzigerstr. 56.  
Kroth E. R. Helmiger, Drog. Kochstr. 3.  
Gustav Rettig, BelleAlliancestr. 91.  
Ernst Wih. Weirich, Blücherstr. 1.  
C. F. Ancker, Friedrichstr. 249.  
Johannes Scopa, Friedrichstr. 240/241.  
Kurt Bahr, Blücherstr. 15.  
S.  
Max Lichterfeld, Löwen-Droguerie, Vinsir. 66.  
Apotheker H. Chronik, Droguerie, Weissenhofstr. 54.  
Paul Oelgart, Hofendeide 61.  
Ernst Schröter, Blücherstr. 27.  
Hugo Wolter, Rottbuser Damm 42, am Hermannplatz.  
Max Rost, Mittelstr. 4-5.  
Oscar Kanuth, Roumannsdammstr. 30.  
O.  
Julius Beetz, Petersburgerstr. 72.  
Jos. Gölpen, Petersburgerstr. 37.  
Gustav Rohm, Frankfurter Allee 120.  
Max Angermann, Königsbergerstr. 13.  
Gustav Berrug, Weidenweg 75.  
Franz Zimmer, Thierstr. 62a.  
Albert Burdo, Ruppenstr. 9.  
E. Tschaler, Köpenickerstr. 1.  
Hermann Müller, Langestr. 15.  
F. Jacob, Andreas-Droguerie, Kleine Andreasstr. 11 (Andreasplatz).  
NO.  
Rich. Loose, Kochstr. 6. Ulrich, Neue Königsstr. 19.  
Franz Bahl, Neue Königsstr. 85.  
Ernst Werk, R. Frankfurterstr. 18-19.  
Fritz Webers Nachf., Inh. Arthur Zork, Sandbergerstr. 99, Eingang Polsterfabrik.  
Arthur Schaefer, Postfadenstr. 17.  
J. Majchorkiewicz, Gr. Frankfurterstr. 35-36.  
Emil Vehl, Marienburgerstr. 36.  
Eugen Retzdorf, Rylstr. 40.  
SO.  
Dr. v. Walcks Luisenstädt. Apotheke, Röpnickerstr. 119.  
Paul Schulze, Röpnickerstr. 23a.  
Apoth. J. Vaterloss, Röpnickerstr. 6.  
Apoth. Rud. Schrader, Röpnickerstr. 80-81.  
Eugen Reich, Röpnickerstr. 134/135.  
Apoth. Rob. Mühlentbach, Blücherstr. 40.  
Apoth. S. Rothmann, Reanderstr. 3.  
Richard Kayser, Reichenbergerstr. 10a.

**Ph. Lerch, Reichenbergerstr. 116.**  
**F. Gast, Reichenbergerstr. 184.**  
**Th. Körner, Mantelstr. 73.**  
**Georg Scharnetzky, Geydofstr. 24.**  
**Willy Domsalla, Goldensteinstr. 44.**  
**Otto Wandrey, Appellstr. 45.**  
**Droguerie Finsterbusch, Staligerstraße 63-64.**  
**Oskar Petri, Oranienstr. 7.**  
**Herm. Voss, Admiralsstr. 6.**  
**Gustav Kohl, Rottbuserstr. 7.**  
**Otto Reichel, Griebstr. 4.**  
N.  
**G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Geydofstr. 97.**  
**Hugo Barth, Brunnenstr. 18.**  
**Franz Bernecker, Brunnenstr. 102.**  
**W. Kapell, Brunnenstr. 118.**  
**Ferdinand Ammann, Invalidenstr. 115.**  
**Apoth. Eugen Dultz, Invalidenstr. 153.**  
**Oskar Ihiow, Peterstr. 26.**  
**Paul Böhm, Chorinstr. 20, Ecke Schwedertstraße.**  
**August Wolff, Regerstr. 9.**  
**Adolf Gail, Schönhauser Allee 27.**  
**Bernhard Michaelis, Schönhauser Allee 183.**  
**H. Krönig, Ramlersstr. 7.**  
**Arthur Mothes, Schweinmörderstr. 43.**  
**Apoth. Carl Mey, Utebonstr. 11.**  
**Hugo Lubowsky, Wollinerstr. 30.**  
**Hugo Schulz, Rühlstr. 166a.**  
**Otto Rost, Burgstr. 16.**  
**H. Lauterbach Nachf. R. Richter, Reichenbergerstr. 61, am Reitelplatz.**  
**Paul Recollin, Reichenbergerstr. 26a.**  
**Max Noa, Reichenbergerstr. 48.**  
**G. Pfotenbauer, Weidenburgerstr. 39.**  
**Emil Fischer, Köpenickerstr. 26.**  
**Carl v. Waydenberg, Gr. Sandbergerstraße 12.**

**Charlottenburg.**  
**Carl Tuscho, Sadowitzplatz 5.**  
**A. Lutter & Co., Berlinerstr. 56 und Spandauerweg 6.**  
**Emil Gossow, Berlinerstr. 137.**  
**Erich Schindel, Wilhelmstr. 130.**  
**P. Habermann, Pöhlitzstr. 28.**  
**W. Hinze, Rantstr. 59.**  
**Otto Arnold & Co. (M. Zetsche), Vinsir. 23.**  
**Albert Kühne, Scharenstr. 36.**  
**Hermann Munter, Dandelmannstr. 2.**  
**Hugo Plaschke, Spandauerstr. 14.**  
**Victoria - Droguerie Max Mayer, Joachimshalerstr. 3.**  
**Alfred Arendt, Potsdamerstr. 8.**  
**Friedenau.**  
**Georg Oelgart, Rhein- u. Ochowitz-Gasse.**  
**Dankmar Hermann, Ditzerplatz 1.**  
**Gr. Lichterfelde.**  
**Max Wind, Dörferstr. 7a.**  
**Apotheker M. Carlz, Droguerie West-Bazar, Rurstr. 1/2.**  
**Paul Romus, Sieglitzerstr. 47.**  
**Otto Borstell, Blücherstr. 31.**  
**Pankow.**  
**Apoth. Wih. Eichstaeds Löwen-Droguerie, Freitestr. 8-9.**  
**Gebrüder Hartung, Breitestr. 16.**  
**Richard Rosemann, Dreierstr. 61.**  
**Rixdorf.**  
**Paul Lemcke, Rurstr. Friedrichstr. 242.**  
**Robert Trinkeller Nachf. Max Künzel, Berlinerstr. 26.**  
**G. R. Prunzel, Prinz Sandbergerstr. 46 und Hermannstr. 27.**  
**A. Jungblut, Bergstr. 157 u. Wallerstraße 26.**  
**Johannes Golch, Steinwegstr. 37.**  
**Schöneberg.**  
**Borussia-Apotheke und Droguerie H. Doehl, Hauptstr. 141.**  
**Hermann Voges, Hauptstr. 100.**  
**Heinrich Hotze, Sedanstr. 82.**  
**August Kortenbach, Buhstr. 17.**  
**M. Rychlitzki, Hofenriedbergstr. 42.**  
**M. F. Berger, Neue Steinwegstr. 3.**  
**Steglitz.**  
**Heinrich Hasselmann, Droguerie zur Post, Albrechtstr. 16.**  
**Wilmersdorf.**  
**Carl Tuscho, Falanenstr. 79.**

**Stranz- und Blumenbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Straße 2.**  
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.  
**Bruch-Pollmann**  
empfehlen sein Lager in Bruchbänden, Lehbänden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.**  
Vierertel-Ordn. u. Hilfs-Krankenstellen Berlin C. [31739\*]  
**30. Finien-Straße 30.**  
**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware**  
6 Stück für 10 Pf.  
**Adrechts Bäckereien:**  
Wangelstraße 9, Krautstraße 19, Wolfenbüchelerstr. 28, Ranzstr. 2.

**Patentanwalt Dammann,**  
Moritzplatz 57.  
Kaufamt bis abends neun. [32349\*]  
**Dr. Schünemann,**  
Spezialarzt für Haut, Genu- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
Sprechstunden: 1/2 12-1/2 3, 1/2 6-1/2 8.  
**Dr. Simmel, Prizonenstr. 59.**  
Spezialarzt für 3/18\* **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Seid's MILCH-CREAM**  
Das einzig Beste für die Hautpflege. Ges. geschützt. Dose 20 Pf. in den Drogerien.  
**Ist das billig?**  
100 Stück 6 Bl. lang . . . 0,60  
100 " 7 " Kleinstgröße . . . 0,70  
100 " 8 " " " " " " " . . . 0,85  
1 Stk. Heinecke Werke, das Beste auf dem Markt, ungesch. . . 0,75  
Industrie O. Bräuhaus & Co. . . 0,65  
**Josef Fischer, Cöpenickerstr. 19-21, 25 Pf.**

**Charlottenburg.**  
**F. Kunstmann, Ballstr. 1.**  
**Uhren und Goldwaren!**  
Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie!

**Charlottenburg.**  
**F. Kunstmann, Ballstr. 1.**  
**Uhren und Goldwaren!**  
Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Reelle Garantie!



**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Eudorf). Versammlung**

am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Brüder, Waldemarstr. 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Obst** über: „Die sozialen Zustände der Gegenwart.“  
2. Diskussion 3. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

**5. Wahlkreis.**

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Altes Schützenhaus“, Lützenstr. 5:  
**Volks-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Handelsverträge. Referent Genosse **Robert Schmidt**. 2. Diskussion. 3. Öffentliche Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Die Frauen des 5. Kreises werden zu dieser Versammlung besonders eingeladen.  
**Die Vertrauensleute.**

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Versammlung**

Dienstag, den 21. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
in den „Arminius-Hallen“, Bremerstraße 70/71 (Moabit).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Ledebour** über: „Die Aera Bülow.“  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Berlin.  
Heute, Dienstag, abends 8 1/4 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vorträge des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Ledebour** über: „Die Aera Bülow.“  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

**Verein deutscher Schuhmacher.**

Am Mittwoch, den 22. d. M., abends präc. 8 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstraße 27c (oberer Saal):  
**Ausserordentliche General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Wahl von 2 Delegierten zur Brandenburger Provinzial-Konferenz.  
2. Anträge zur Generalversammlung in München und Wahl von 2 Delegierten. 3. Verschiedenes.  
Bei der wichtigen Tagesordnung erwarten wir zahlreiche Beteiligung.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Fachverein d. Tischler Berlins u. Umgeg. General-Versammlung**

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/4 Uhr:  
im Lokal des Herrn **Zölls, Köpnickstr. 137.**  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.**

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in den **Vorujia-Sälen, Adersstraße 6/7:**  
**Witglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **J. Kallske** über: „Das sociale Verständnis des Bürgertums.“  
2. Diskussion. 3. Die Braunschweiger Konferenz und Stellungnahme zu der am 9. Februar 1902 stattfindenden Konferenz in Berlin, event. Wahl der Delegierten zu derselben. 4. Vereinsangelegenheiten.  
**Der Vorstand.**

**Centralverband der Maurer etc. (Bezirk Süd-Ost).**

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn **Früger, Rammstraße 6:**  
**Witglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **O. Hanke**. 2. Verbandsangelegenheiten.  
Regen Besuch erwartet  
**Die Verbandsleitung.**

**Achtung! Centralverband der Maurer (Zahlstelle Charlottenburg).**

Am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn **Bauer, Berlinerstraße Nr. 86:**  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1901 und Bericht des Kassierers. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.  
In dieser für jeden Kollegen so außerordentlich wichtigen Versammlung darf kein Mitglied fehlen; deshalb erwartet zahlreiches Besuch  
Die örtliche Verwaltung. J. A.: Fritz Busse.

**Achtung! Rixdorf. Achtung! Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

(Zahlstelle Rixdorf.)  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Thomas, Hermannstraße 48-50:**  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht des Gesamtvorstandes und Neuwahl desselben. 3. Bericht vom Gaus.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Am rege Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**  
Im Anschluß an obige Bekanntmachung machen wir auf unsern am Sonnabend, den 1. Februar bei Thomas stattfindenden Postenball aufmerksam. Biletts à 50 Pf. sind bei den Komitemitgliedern, und in sämtlichen Zahlstellen zu haben.

**Reinickendorf.**

Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant des Herrn **Reubauer, Sanddörferstraße Nr. 43:**  
**Generalversammlung des Wahlvereins.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Kotzke** über: „Junger und Bouter.“  
2. Kassenbericht und Wahl des Vertrauensmanns. 3. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.  
**Der Vorstand.**

**Bekanntmachung. Charlottenburg**

Meine **Bade-Anstalt** Berlinerstr. 109 ist wieder eröffnet. Täglich für Damen und Herren von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends für sämtliche Krankenkassen Berlins und der Vororte.  
Bäder und Massageleistungen.  
**A. Posner und Frau.**

10 Jahre Garantie.  
**Zähne 2 Mk.** Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.  
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.  
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit schlechtzeit. Gebisse  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Am 18. Januar starb nach schweren Leiden unsere Mitarbeiterin, Frau  
**Johanna Leopold**  
geb. Kadtke  
im Alter von 24 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. cr. nachmittags 3 1/4 Uhr, auf dem böhmischen Kirchhof, Barutherstraße, statt.  
Das Personal der Firma **D. S. Hermann.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.** (Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Halgerin **Johanna Leopold**, geb. Kadtke, verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 1 1/4 Uhr, auf dem böhmischen Kirchhof, Barutherstraße, statt.  
Um rege Beteiligung bitten  
**Die Ortsverwaltung.**

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer.**  
G. S. 36. Filiale Berlin II.  
Am 17. Januar verschied an der Proletarierkrankheit unser Mitglied  
**Ernst Korduan.**  
Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung: Dienstagmorgens 2 1/4 Uhr, vom Trauerhause, Quittenstraße 16.  
**Der Vorstand.**

**Central-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (E. H. 8.) Berlin III.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Freitag, den 17. d. M., verschied unser Mitglied der Arbeiter  
**Nikolaus Klaus**  
im Alter von 51 Jahren an Bauchwassersucht.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Königl. Kadetten-Hospital nach dem neuen Nazareth-Kirchhof in Reinickendorf statt. Die Ortsverwaltung, Berlin III.

Für die mir bewiesene rege Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage allen Beteiligten, besonders den Kollegen vom Centralverband der Maurer nebst ihren Frauen und dem Gesangsverein „Jugend“ in Steglitz für seinen feierlichen Grabgesang herzlichsten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: **Reinh. Staarker.**

**Kranken- u. Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin**  
(Eingelchr. Hildstraße Nr. 115) 182.  
Sonnabend, den 26. Januar 1902, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn **Krüger, Grunewaldstr. 110:**  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Jährlicher Kassenbericht. 285/10\*  
2. Bericht des Vorstandes.  
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.  
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Ziehung 6. Februar u. folgende Tage öffentlich im Rathause zu Danzig.**

Genehmigt durch Allerh. Erlaß 300 000 Lose dem unter dem Protektorat Sr. Majestät des Kaisers u. Königs Wilhelm II. stehenden  
**Verein für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg**  
Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
**Lose à 3 Mk.**  
8840 Geldgewinne zahlbar ohne Abzug  
**355 000 Mk.**  
Hauptgewinne: Mk.  
**60 000**  
**50 000**  
**40 000**  
**30 000**  
**20 000**  
**10 000**  
4 à 2500 = 10000  
10 à 1000 = 10000  
20 à 500 = 10000  
100 à 100 = 10000  
200 à 50 = 10000  
1000 à 20 = 20000  
7500 à 10 = 75000  
**Marienburg Lose** versendet der General-Debit **Bank-Geschäft**  
**Lud. Müller & Co.** in Berlin, Breitestr. 5 und in Hamburg, **Gr. Johannisstr. 21.**  
Telegr.-Adr. Gilsacksmüller.

**Marienburg**

Existenz  
kann sich freibewahrender Vermeider usw. durch Uebernahme einer Werkstatt für Gas- und Wasseranlagen gründen. Es ist im letzten Jahre ein Umsatz von 23 000 M. nur ausschließlich für Reparaturen erzielt worden. Zur Uebernahme sind 4-5000 M. erforderlich. Das Geschäft wird wegen Krankheitsfall verkauft. Offerten unter A. 9 dieses Blattes erbeten. 65\*

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
Eckrestaurant, großes Vereinszimmer, gute Lage, sichere Existenz, billig zu verkaufen. Kästner, Schöneberg, Charlottenburg, Seidenstraße 1. 2115b  
Kolonie Baulände, Ostbahndivision, Herderplatz, 60 Quadratrudder 4500 Mark verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 151. 2089b\*  
Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 197\*  
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinen Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9748\*  
Möbel, fünf Zimmer, sollen billig, auch einzeln verkauft werden. Kleiderstraße, Berlin, Ganderbenstraße, Salonstraße, Antikeldstraße, geputzte Balken, Decken, Treppenhäuser, Panzerstraße, Tischlerstraße, Schloßstraße 100, Komplette Zimmerausstattungen in jeder Preislage. W. Rosenkranz, Altes Schützenhaus, Stallstraße 5. 9848\*  
Kobeltänze, auch kleine, billig, Diemitz, Köpnickstr. 76. 190\*  
Tapezierer mit Gardinen, Polsterarbeiten, große Frankfurterstraße 9, parterre. 197\*  
Goldene Damenschürzen (von 10 Mark an), silberne Remonturen (von 5 Mark an) Deutsch-Deutscher, Rosenstraße 11/12.\*  
Werkzeuge mit austauschbaren Rollen, geringe Teilzahlung. J. Kuntze, Sanddörferstraße 13.  
Nähmaschinen, einfache Systeme, auch ohne Anzählung, vollständig 1,00, fünfjährige Garantie. Beschäftigung erwünscht. Schneid-Versehung, auch durch Postkarte. Turmstraße 39 und Bernauerstraße 47 B. 9928\*Wasserpumpen, handlich, für Kellern, Brunnen, Schächte, Gärten, Feuerlöcher, bessere Beschäftigung, abwärts, 14 bischen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 Mark. W. Kuntze, Sanddörferstraße 13.  
Wasserpumpen, handlich, für Kellern, Brunnen, Schächte, Gärten, Feuerlöcher, bessere Beschäftigung, abwärts, 14 bischen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 Mark. W. Kuntze, Sanddörferstraße 13.

**Spottbillig.** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Viehhof Reudersstraße 8. 47\*  
**Cigarrenkonsum** (Schneider, Wasser - Kommandantenstraße) wird jetzt spottbillig anverkauft. Deutsches Viehhof, Rosenstraße 11/12.\*  
**Steppdecken** billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 197\*  
**Kanarienvogel** verkauft Brandt, Holzmarktstraße 9. 2102b  
**Verstellen** mit Matrizen und Betten, Kleiderpinsel 25,00, Wäsche, Seife, Taschentücher, Spiegel, Kissen, Bettdecken, Regulator verkauft sofort spottbillig, auch einzeln, Waldemarstraße 27, vorn I. 6/4  
**Gänsefleisch,** Fund eine Mark. Pöhlitz, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. 668\*  
**Restaurations** umständlicher zu verkaufen. In großen Restauration Wartenstraße 74. 120  
**Wett,** prachtvolles, 17,00, Widel, Sanddörferstraße 26. 106  
**Fahrräder,** veraltete, Niederdruck, spottbillig, Winterpreise. Viehhof Sanddörferstraße 11/12.  
**Klempner** Einrichtung zur Klempner-Werkstatt billig zu verkaufen. Primarstraße 17, Hof IV. 128

**Zithlehrerin** Frau Ober, GutsMuthstraße 115. 220\*  
**Unfallwagen,** Klagen, Eingaben, Reparaturen, Puffer, Stahlfederstraße 55. 2657b  
**Rechtbureau,** Leitenerstraße 11, im Erdgeschoss, Eingangsstraße, Kartenerstellung. 9918\*  
**Mosel - Vertik - Institut** Herbrandstraße, Berlin W., Demmebergstraße 1, vorn parterre. 2150b  
**Kunstkopiererei** von Frau Kolditz, Steinmetzstraße 18, Obergebäude hochparterre.  
**Dividenden!** Wer sich über diese nachlässige Grundaufgabe unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Dividenden, welche unentgeltlich versendet werden vom Verlagverein Berlin, Königsplatzstraße 108. Dieselben können auch direkt für Beiträge in Arbeitervereinen oder Dividenden befreit werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b\*  
**Bücherankauf** zu höchsten Preisen. Pöhlitz, Marktstraße 101. 130/1\*  
**Weberlexikon,** Buchhaus und alle anderen Bücher, liefert Danneberg, Köpnickstr. 58, I. Amt VI, 3397. 982K  
**Gold,** Silber, feinstes Brunnenscheit 137 (Wernacherstraße). 2088b  
**Cigarren,** Brillanten, Silber, Warenposten, sowie alles Granddare liefert selbsthaft hoch Deutsches Viehhof (Kombardstraße), Rosenstraße 11/12. 110/19\***Restaurations** habe eröffnet. Karl Schmidt, Bernauerstraße 37. 9892\*  
**Kurzer** Restaurant, Vauquiersstraße 46, empfangt sich allen Kollegen und Bekannten zur freundlichen Begrüßung. Vereinszimmer noch zu vermieten. 119\*

**Winter** Stuhlflüchtler bitten um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gekehrt, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Mulackstraße 27, V. Wäfer.  
**Stellungsangebote.**  
**Mausfeld** auf Jadedits verlangt Kundenbeder, Bernauerstraße 66, I.  
**100** Mausfeld auf Jadedits verlangt Beder, Neue Köpnickstraße 65. 7b  
**Mausfeld** auf Jadedits, von 2,50 bis 4 Mark, verlangt Polewacz, Reudersstraße 13, III. 2150b  
**Mausfeld** auf Jadedits verlangt Weise, Wäferstraße 22. 2108b  
**Kartonschneiderinnen,** nur geübte, verlangt Kundenbeder, Wäferstraße 67. 2118b  
**Arbeiterinnen** im Hause, Schreiber, Panlow, Keller Friedrichstraße 67.  
**Am** Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile  
**Züchtige Kunstschmiede**  
und Kunstwerke verlangt hervorragende Kunstschmiedewerkstatt Wilmanns. Ggf. Offerten mit Zeugnissen an den Eigentümer unter Adresse W. 1 an die Expedition d. Bl. 2762\*  
**Ein tüchtiger Eisenbohrer**  
wird verlangt. Lichtenberg, Herdersstraße 108/9. 3322b



### Krankenkassenmitglieder Berlins und der Vororte.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Apothekern und den Krankenkassen sind gescheitert. Wohl kamen die Kassenvertreter den Apothekern weit entgegen, sogar über die Grenzen hinaus, welche ihnen von ihren Auftraggebern gesteckt waren, aber das Verhalten der Apotheker bewies, daß sie den Frieden nicht wollen. Nach ihrem Willen sollte auch ferner den Berliner Krankenkassen dasjenige Maß von Vergünstigungen verweigert werden, welches in anderen Städten den Kassen längst gewährt, ja teilweise von ihnen sogar überschritten ist. Aber weiter: selbst die kümmerlichen Zugeständnisse, welche gemacht wurden, sollten den Kassen nur zugewilligt werden um den Preis einer ehrlosen Handlung, des Verrats an unrennen bisherigen Bundesgenossen, den Droguisten, welche nach dem Willen der Berliner Apotheker künftig wieder von der Lieferung für die Krankenkassen ausgeschlossen sein sollten.

Krankenkassen-Mitglieder! Wir sind Eurer Zustimmung dafür sicher, daß wir diese schimpfliche Bedingung mit aller Entschiedenheit abgewiesen haben. Der Kampf muß unter diesen Umständen mit größerer Schärfe als zuvor weitergeführt werden. Nur dann kann der Widerstand jener Herren gebrochen, nur dann können die berechtigten Forderungen der Krankenkassen erfüllt werden, wenn jeder einzelne von Euch treu zu uns steht und es sich zur Pflicht macht seinen und seiner Familie Arzneibedarf in erster Linie aus Droguenhandlungen zu beziehen, wo dies nicht angängig ist, die zur Kassenlieferung zugelassenen Apotheken in Anspruch zu nehmen.

### Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Die zugelassenen Apotheken sind:

- Centrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königstr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 30. Kommandanten-Apotheke, Seydlitzstr. 16.
- Westen: Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Barbarossa-Apotheke, Kurfürstendamm 1. Kurfürsten-Apotheke, Genthinerstr. 20. Pallast-Apotheke, Goltzstr. 23 (siehe Schönberg). Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Kanonenstr. 44.
- Süd-Westen: Johanner-Apotheke, Plan-11er 11. Kreuzberg-Apotheke, Velle-Allianzstr. 75. Anguste Victoria-Apotheke, Königgräberstr. 52. Apotheke zum goldenen Einhorn, Weisenaustr. 22. Anhalter-Apotheke, Yorkstr. 18.
- Süden: Apotheke zur Sonne, Prinzenstr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 148. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Hofstaufen-Apotheke, Weidstr. 30.
- Süd-Osten: Reander-Apotheke, Reanderstr. 29. Görliger-Apotheke, Görligerstr. 48. Adalbert-Apotheke, Adalbertstr. 16. Emmaus-Apotheke, Reichenbergerstr. 150. Springers Apotheke, Rantensfelstr. 105. Apotheke am Schleifstein Thor, Staligerstr. 72.
- Osten: Stadts Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Jorndorferstr. 58. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 134. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Posenerstr. 7.
- Nord-Osten: Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königstr. 60. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Große Frankfurterstr. 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstr. 10. Deutsche Apotheke, Büschingstr. 15. Kaiser Wilhelm-Apotheke, Landsbergerstr. 3.
- Norden: Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schulstr. 1. Prinzessin Victoria Louise-Apotheke, Voltastraße 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Biond-Apotheke, Anlamerstr. 39. Gustav Adolf-Apotheke, Koloniestr. 1. Nordhafen-Apotheke, Fennstr. 31. Borussia-Apotheke, Schönhauser Allee 56. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Chaussee-straße 19. Hochplatz-Apotheke, Neue Hochstr. 24. Italienische Apotheke, Antonstr. 25.
- Nordwesten: Roland-Apotheke, Turmstr. 16. Diana-Apotheke, Turmstr. 28. Moabit-Apotheke, Alt-Moabit 18. Fellers Apotheke, Lübeckerstr. 32. Schiller-Apotheke, Alt-Moabit 35. Kronprinzen-Apotheke, Hinderstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstr. 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 56. Phönix-Apotheke, Wixenstr. 6. Weuffel-Apotheke, Weuffelstr. 55.
- Charlottenburg: Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstr. 59. Pestalozzi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61 B. Umland-Apotheke, Kantstr. 151. Ost-Apotheke, Berlinerstr. 71. Falken-Apotheke, Potsdamerstr. 31.
- Schöneberg: Sedan-Apotheke, Sedanstr. 3. Pallast-Apotheke, Goltzstr. 23.
- Niedorf: Reichsadler-Apotheke, Bergstr. 13. Berg-Apotheke, Hermannstr. 146.
- Lichtenberg: Lichtenberger Apotheke, Dorfstr. 41c. Groß-Lichterfelde: Adler-Apotheke, Drafstr. 56. Steglitz: Apotheke von Rah, Albrechtstr. 19. Weihensee: Flora-Apotheke, König-Chaussee 9. Neu-Weihensee: Sonnen-Apotheke, Langhausstr. 82.

Wir bitten, diese Liste auszuscheiden und aufzuheben oder besser noch: die nächste zugelassene Apotheke herauszusuchen und für den Bedarfsfall vorzumerken!

### Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Schöneberg.** Dienstag, im Obstischen Lokale, Weiningerstr. 8: General-Versammlung des Wahlvereins. — Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Gen. Emil Rosenow: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursache und ihre Bekämpfung.“

**Zehlendorf.** Die Parteigenossen werden auf die heutige Vereinsversammlung aufmerksam gemacht, in der Genosse Göhre über die Gemeindefragen spricht.

**Ober-Schönevelde.** Mittwoch findet im Restaurant Kaufhold, früher John, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen, veranstaltet vom Socialdemokratischen Wahlverein, statt. In derselben hält Herr Direktor Pauly vom Verein für Feuerbestattung an der Hand des Modelles einer Feuerbestattungs-Anlage einen Vortrag über: „Die Feuerbestattung.“

### Lokales.

#### Das Ende eines Waisenknaben.

Großes Aufsehen hat in der Tempelhofer Vorstadt der Selbstmord eines Waisenknaben erregt, eines Barbierslehrlings Emil Wahrend, der seit Juni 1900 bei dem Barbier und Heilgehilfen Heinrich Wagner, Willibald-Alexisstraße 5, in der Lehre war. Der noch nicht 16jährige Knabe hat in der vorigen Woche auf dem Flur des Hauses der Friesenstraße Karbolsäure getrunken und ist unter den Händen eines Arztes, zu dem er von dazu kommenden Personen geschafft worden war, gestorben. Am Sonntagnachmittag ist er unter großer Beteiligung der Hausbewohner und der Nachbarschaft beerdigt worden.

Die Gründe dieses Selbstmordes sind vorläufig noch in Dunkel gehüllt. Gegen den Meister des freiwillig aus dem Leben geschiedenen Lehrlings herrscht bei der Nachbarschaft eine starke Erregung. Man behauptet, der Junge habe bei seinem Lehrherrn böse Tage gehabt. Es ist schwer, in den einander widersprechenden Angaben, die über diesen Punkt von verschiedenen

Seiten verbreitet werden, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden. Sicher scheint aber zu sein, daß Herr Wagner diejenigen Eigenschaften fehlen, die bei solchen Personen vorausgesetzt werden müssen, denen die Waisenverwaltung ihre Pflegebefohlenen zur Erziehung oder Ausbildung anvertraut. Wenn der bedauernswerte Junge seinem Leben gewaltsam ein Ende gemacht hat, weil er es in dieser Lehre nicht mehr aushalten zu können glaubte, so fällt die Verantwortung dafür, daß es zu diesem tragischen Ausgang gekommen ist, größtenteils auf die Waisenverwaltung der Stadt Berlin.

Der in einem hiesigen Blatt ausgesprochene Zweifel, ob der zuständige Waisenrat seine Pflicht gethan habe, ist durchaus unberechtigt. Geseht worden ist von einer ganz andren, höheren Stelle. Die Waisenverwaltung war über die Persönlichkeit des Herrn Wagner rechtzeitig unterrichtet worden. Sie war von vornherein gewarnt worden, diesem Meister ein Waisenkind in die Lehre zu geben, und es ist hinterher, als die Warnung nicht beherzigt worden war, noch von dritter, unbeteiligter Seite eine Beschwerde bei ihr eingelaufen, in der die Behandlung des Jungen als schlecht geschildert wurde. Trotzdem ist während nicht aus der Lehre genommen worden.

Der Fall zeigt, daß die vielgerühmte Bereitwilligkeit der Waisenverwaltung, den Klagen der in Lehr- und Dienststellen untergebrachten Waisenknaben ein geneigtes Ohr zu leihen, doch nicht so sehr groß sein kann. Es ist uns das niemals zweifelhaft gewesen, aber in dem vorliegenden Falle ist es einmal in ganz eklatanter Weise zu Tage getreten. Wenige Stunden, bevor er den Selbstmord beging, hat sich während selber nach dem Bureau des Waisenhauses begeben und dringend gebeten, ihn aus der Lehre fortzunehmen. Es ist ihm sofortige Untersuchung zugesagt worden, aber während hat nicht länger warten wollen, sondern noch an demselben Abend Gift genommen. Schon im Sterben liegend, soll er gesagt haben, er habe das Hundeleben satt.

Das Grab hat sich nun über den armen Jungen geschlossen, aber die Frage nach den Gründen seiner Verzweiflungsdthat ist damit nicht erledigt. Die Untersuchung wird zugleich von der Waisenverwaltung und von der Juning, deren Mitglied der Lehrherr ist, geführt. Sie wird hoffentlich volle Aufklärung darüber schaffen, welcher Art das „Hundeleben“ war, das den Lehrling des Barbiers Wagner in den Tod getrieben hat.

**Die Große Berliner.** Ueber einen Laternenstreit, der zu einem Prozesse der Stadtgemeinde gegen die Große Berliner Straßenbahn geführt hat, berichtet der Verwaltungsbericht der städtischen Gaswerke. In einer belebten Straßenbahn war ein mit 2 Pferden bespannter Straßenbahnwagen durch einen vor ihm stehenden und betriebsunfähig gewordenen Accumulatorwagen am Weiterfahren behindert worden. Aufseher und Schaffner hatten ihn aus den Schienen gehoben und bewegten ihn über das Straßenpflaster, um ihn dann wieder in die Schienen zu leiten. Hierbei wurde eine Straßenlaterne umgestoßen. Der Magistrat forderte Schadenersatz auf Grund des § 831, Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Direktion der Straßenbahn weigerte sich, Erloy zu leisten; da sie die erforderliche Sorgfalt durch Prüfung ihrer Angestellten auf ihre Leistungsfähigkeit vor der Beschäftigung im Betriebe beobachtet und zur Aufrechterhaltung eines sicheren und gefahrlosen Betriebes Aufsichtsbearbeiter als Leiter desselben angestellt habe. Da letztere nicht überall anwesend sein könnten, hätte sie der Vorschrift des § 831 Absatz 2 Bürgerlichen Gesetzbuchs vollständig genügt. — Das Gericht erkannte nach dem Klagenantrag. Nach der Beweisaufnahme hätten Schaffner und Aufseher im Auftrage und mit vollem Einverständnis der Straßenbahnverwaltung gehandelt, so daß die Schuld nicht die Bediensteten, sondern die Beslagte treffe. Letztere habe die im § 831 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderliche Sorgfalt im Verkehr nicht beobachtet, da sie gerade im Hinblick auf die herrschende Glatte des Straßenpflasters für Hilfspersonal oder geeignete Hilfsmittel zum Transport des Wagens hätte sorgen müssen.

**Die Bevölkerungszahl Berlins** war am 1. Januar 1902 nach den vorläufigen Feststellungen 1 901 588. Sie ist demnach im Lauf des Jahres 1901 nur um 12 578 gestiegen, während die Jahre 1900, 1899, 1898 einen Bevölkerungszuwachs von 42 403, 43 006, 46 813 gebracht hatten. Der Zuwachs des Jahres 1901 dürfte lediglich aus dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle bestehen.

**Zum Milchstreit.** Vom Verein Berliner Milchhändler sollen genaue Erhebungen veranstaltet werden, wie viele Pachtverträge am 1. April ihr Ende erreichen und welches Quantum Milch dabei in Frage kommt. Nach dem Ergebnis dieser Umfrage sollen Maßnahmen getroffen werden, um Berlin auch in der wärmeren Jahreszeit, in welcher der Milchkonsum erheblich steigt und der Milchtransport auf weite Entfernungen hin sehr erschwert wird, ausreichend mit ringreifer Milch zu versorgen. Die Leiden der Milch-Centrale, von denen einzelne eingegangen sind, machen, namentlich in den Arbeitergegenden, recht schlechte Geschäfte und können nur durch fortwährende Zuschüsse leitendes des Milchgeschäftes über Wasser gehalten werden. Andererseits lehnen sich nicht dem Auge angehörige Landwirte nicht an die Drohungen und Warnungen von agrarischer Seite und liefern nach wie vor ringreife Milch nach Berlin.

**Ein entsetzliches Unglück** ereignete sich gestern vormittag in der Maschinenfabrik der Allgemeinen Electricität-Gesellschaft in der Brunnstr. 107. Der Dreher Max Pechel, welcher an einem Horizontalwerk (einem sogenannten Karussell) mit der Ausbohrung eines großen Dynamo-Polgehäuses beschäftigt war, mußte behufs Verstellung des Drehstabes einen lose stehenden, leicht beweglichen und mehrstufigen Holztritt besteigen. Hierbei kam Pechel um Strahlen und fiel so unglücklich gegen das in horizontaler Richtung rotierende Polgehäuse, daß sein ausnahmsweise starker Körper von dem das Gehäuse tragenden Querbalken erfaßt und durch eine höchstens 200 Millimeter betragende Öffnung hindurchgequetscht wurde. Ein Aufschrei und es war um den Unglücklichen geschehen; auf dem Transport nach dem Krankenhaus erlag er seinen furchtbaren Verletzungen. So ist, wie man und hierzu schreibt, wiederum eine Familie ihres im besten Mannesalter stehenden Ernährers beraubt worden, und wenn die mit der Erforschung und Feststellung der Ursachen beauftragten Personen auch noch so lange suchen, die eigentliche Ursache entdecken sie nicht. Den unter der hastenden Produktionsweise von heute leidenden Arbeitern ist sie jedoch nicht fremd. So hat u. a. in fast allen größeren Betrieben die Methode Platz gegriffen, daß sich die Herrn Ingenieure und Werkmeister, nachdem der zu bearbeitende Gegenstand ausgespannt und die Stühle angestellt sind, mit Uhr und Lorenzähler in der Hand an die Bank stellen, um dann vielleicht noch mit Rubikenaufnahme von Stelzungsstabellen den Preis für die zu leistende Arbeit auf ein Minimum festzusetzen. Dadurch bleibt dem Dreher, wenn er eingemessen etwas verdienen oder nicht als minderwertig angesehen sein will, keine Zeit, um die Maschine anzuwenden und ihren Stillstand erst abzuwarten zu können. Solange allerdings die Arbeiterkraft nicht ihre ganze Kraft einsetzt, um durch festen Zusammenschluß in der Organisation ihre Macht dem Unternehmer gegenüber zu vergrößern, werden derartige leicht vermeidliche Unglücksfälle sich leider nicht vermindern, sondern immer noch vermehren.

**Unger Feuerlärm im Schauspielhaus.** Bei der Aufführung des Lustspiels „Wie die Alten jungen“ im königlichen Schau-

spielhaus erhoben sich Sonntagabend plötzlich gegen Ende des dritten Aktes mehrere Zuschauer im Parkett und verließen den Theaterraum, weil sich Brand geruch bemerkbar machte. Andre Zuschauer erhoben sich ebenfalls und brachten dadurch solche Unruhe ins Publikum, daß alles ausstand und die Vorstellung unterbrochen werden mußte. Die Unteruchung aller Räume ergab, daß es sich um keinen Brand handelte. In dem unter der Freitrepppe befindlichen Raum, wo sich die Heizanlage des Schauspielhauses befindet, war feuchtes Holz in einem Röhrenstiel zum Trocknen aufgespeichert. Durch die Hitze hatte sich Qualm entwickelt, der durch einen in demselben Raum befindlichen Ventilator durch den Heizungskanal in den Zuschauerraum gedrückt worden war.

**Zahlreiche Beschwerden** wurden gestern über die Personenbeförderung auf der Lüneburger-Spittelmarkt-Gesundbrunnenaust. Und wird mitgeteilt, daß in der Zeit von 6—8 Uhr abends an den Haltestellen und speziell an der auf dem Spittelmarkt zahlreichen Publikum der Beförderung harzte. Wir wissen nicht, was die Ursache dieses schmerzlichen Verkehrs war; daß aber die wenigen Wagen, die in dieser Zeit verkehrten, ohne Anhänger fahren, müssen auch wir aufs schärfste tabeln.

**Ein kostbarer Fund** beschäftigt die Kriminalpolizei. Der Grünkrämmler Gold aus der Krausenstr. 18 sah am Sonntagvormittag kurz nach 10 Uhr auf dem Hausflur ein Paket in Zeitungspapier liegen und hat die Pförtnerin, Fräulein Emilie Brandt, den Schmutz zu beseitigen. Die Pförtnerin kam mit dem Wesen, um das Paket wegzufegen, hob es aber doch einmal auf, öffnete es und fand darin eine leberne schwarze Damasttasche und in dieser Wertpapiere (Reichsanleihe, preussische Konsole, Pfandbriefe u. a.) im Betrage von 23 000 M. In der Tasche befand sich außerdem ein leeres Portemonnaie und ein Notizbüchlein. Man nimmt an, daß die Wertpapiere irgendwo gestohlen sind; der Eigentümer war aber bis heute mittag noch nicht ermittelt.

**Paul Blumenreich**, der ehemalige Direktor des Theaters des Westens, ist gestern aus dem Strafgefängnis zu Pöppensee entlassen worden. Er hat seine Strafzeit in einer Isolierzelle verbüßt, weil er in derselben, die vor ihm der Herausgeber der „Laternen“, Erich Fließ, bewohnte. Es war ihm gestattet, sich Bücher und Zeitschriften nach seiner Wahl kommen zu lassen und sich ausschließlich mit literarischen Arbeiten zu beschäftigen.

**Im Strelitz erstochen** wurde gestern früh der 21 Jahre alte Former Bruno Willert aus der Schwedensstraße 15 von dem 41jährigen Tischler Rudolf Wulff aus der Gropiusstraße 5. Wulff ist zum zweitenmale verheiratet und Vater von zwei Kindern im Alter von 9 und 12 Jahren. Da seine Frau nach ihrer pommerischen Heimat gefahren ist, um eine verwandte Wäherin zu pflegen, so bemühte er gestern abend die Gelegenheit zum Knipsen. In einer Gastwirtschaft in der Bodstraße lernte er Willert kennen, der bei seinem Vater, einem Former, wohnte und auf einem Kohlenplatze arbeitete, weil er in seinem Verze keine Beschäftigung hatte. Beide besaßen noch mehrere Birtschosten und trafen mit noch drei andren Männern zusammen. Auf dem Heimwege machten die angetrunkenen Leute um 2 Uhr Nachts allerhand Anstöße. Schließlich trieben sie sich gegenseitig die Hüfte an. Als nun Willert etwas stärker auf Wulff einschlug, zog dieser sein Taschenmesser und stieß es ihm vor dem Hause Gropiusstraße 6 bis ans Hest in die Brust. Der Schwerverwundete starb bereits auf dem Wege zur nächsten Unfallstation. Das Messer hatte das Herz getroffen. Wulff lief nach Hause und schlief sich ein. Schulleute holten ihn jedoch sofort aus der Wohnung heraus und nahmen ihn fest. Von der Revierpolizei wurde er der Kriminalpolizei zugeführt.

**Einbrecher** suchten in der vorletzten Nacht die Vullergroßhandlung von Müller u. Beum in der Brunnstraße 16 heim. Sie erbrachen an dem im Keller des linken Seitenflügels gelegenen Lagerzimmer mit einer Eisenstange das Doppelschloß und erbeuteten zwei Fässer mit 1 1/2 Centner Butter im Werte von 100 M. Die Fässer sind M. A. gezeichnet. Das Haus ist nachts lange geöffnet, da sich auf dem Grundstück eine Gastwirtschaft befindet.

**Von der Straßenbahn überfahren** wurde gestern wieder einmal ein Kind. Als die fünf Jahre alte Tochter des Kupferhnedes Dante in der Wellernamstraße den Straßenbahn überfahren wollte, wurde sie von einem elektrischen Straßenbahnwagen erfaßt. Das Kind geriet unter den Wagen, wurde unter den Vorderperren gedrückt und erlitt erhebliche Verletzungen, anscheinend auch innerlicher Natur.

**Am Mittwoch, den 22. Januar, hält der „Verein von Freunden der Treptower Sternwarte“ (G. V.)** seinen 73. Beobachtungabend abends 8 Uhr in dem durch Verdopplung der Wände für den Winter vergerichteten Vortragssaal der Treptower Sternwarte ab. Direktor Archenholz spricht über den „Weggang von Antiope“ unter Vorlegung zahlreicher von ersten Straten zur Verfügung gestellter Demonstrationsternkarten. Im Anschluß an den Vortrag wird der Verein später einige Reproduktionsarbeiten bescheiden. Betamlich bedarf es besonderer Vorlicht bei der Wiedergabe von Sternnahmen durch den Druck. Auf der Tagesordnung steht noch ein Bericht über die Bildung eines besonderen Komitees für Erbauung einer neuen Vortragshalle. Eine ungenannte Gönnerin hat hierfür 1000 M. gespendet und haben die Beiträge schon eine Höhe von nahezu 5000 M. erreicht. Mit dem großen Refraktor wird der Mond von 7—11 Uhr abends beobachtet.

**Ein frohes und würdiges Stiftungsfest** beging die Arbeiter-Bildungsschule am Sonntagabend zu ihrem nunmehr elfjährigen Bestehen. Die Freunde der Bildungsschule hatten sich überaus zahlreich eingefunden, und die Festleitung spendete ein Programm trefflich künstlerischer Darbietungen. Das Programm hielt sich von dem hier und da unsere Arbeiterseite ein wenig besorgenden Fehler fern, die Hörer durch zu viele und unangenehme Vorstellungen schließlich zu ermüden, es bot dafür eine Auswahl nur guter Stücke. Fräulein Rose brachte aus Mozarts „Figaro“ ein Recitativ und eine Arie und schöne Lieder von Schubert, Brahms, Grieg zum Vortrag; die Bläservereinigung des Philharmonischen Orchesters bemühte sich nicht ohne Erfolg um den ersten Satz des wunderbaren Beethoven'schen Es-dur-Quintetts. In prächtiger Festrrede behandelte Gen. Heinrich Schulz-Mappeburg die Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsschule. Der Redner beleuchtete insbesondere die thürische Auffassung bürgerlicher Kreise, welche durch Volksbildungunternehmungen eine Ueberbrückung der Klassengegensätze erhoffen. Vielmehr seien umgekehrt diese bürgerlichen Bestrebungen nur eine Folge des Klassenkampfes der Arbeiter. Aber die besondere Bildungsaufgabe der Arbeiter-Bildungsschule müsse es sein, die Klassenkampfes des Proletariats durch Wissen zu festigen. Die Festrrede gipfelte in schöner Beredsamkeit der idealen Ziele der Arbeiterbewegung, die gerade in der Arbeiter-Bildungsschule eine gute Stätte gefunden haben und ferner behalten mögen.

Proher Lang hielt die Frierreden bis in die Morgenstunden beisammen. Willkommene Abwechslung brachten noch die vorzüglichen Leistungen des Radfahrer-Vereins „Vorwärts“.

**Der dritte Vortragabend** des Vereins „Berliner Presse“ findet am Donnerstag, den 30. Januar statt. In diesem Abend werden zum ersten Mal drei bildende Künstler auf dem Bobium erscheinen, die sich auch literarisch einen Namen gemacht haben: der Bildhauer Prof. Gustav Gehelein, der Maler Prof. Hans Fedner und der Aquarellist Bobo Schardt. Da die Vorrede nach Plänen in diesem Abend sehr stark ist, sind in den Verhandlungen von Kieselung, Lazarus, Speyer und Peters und Woyte, sowie im Berliner Presseklub schon jetzt Eintrittskarten zu haben.

**Sirkus Schumann.** Der irische Wall, in der Artistenwelt kurzweg Sechserwall genannt, bildet seit dem Jahre 1886, wo er zuerst von dem berühmten Dressur Albert Schumann in Warschau gezeigt wurde, den imposantesten Pferdedressurakt bis auf den heutigen Tag. Er beruht auf dem Princip der Cingements aus der Mitte, dergestalt, daß die sechs Trakehner sich in zwei Jagen teilen und ihren Herrn und Meister in genauerer Präcision umkreisen, indem sie ihn beständig als Mittelpunkt der zu beschreibenden Kreise be-



trachten. Da nun Direktor Schumann seinen Standpunkt fortgesetzt sprunghaft ändert, so müssen die Genossen, welche dabei Hindernisse nehmen, einen phänomenalen Appell zeigen, wenn sie die notwendigen kurzfristigen Wendungen im rasenden Galopp ausführen sollen. Der Akt ist an verschiedenen Orten geübt worden; in seiner ursprünglichen Gestalt ist er jedoch nur im Circus Schumann zu sehen. Seit einigen Tagen hat der Direktor diese vornehmste Piece seines mehr als 100 Freiheitsdresuren zählenden Repertoires wieder auf das Programm gestellt.

**Feuerbericht.** Montag früh kurz nach 1 Uhr wurde die Wehr nach der Tiedstr. 32 gerufen, wo in einer Küche Wäsche und Kleidungsstücke Feuer gefangen hatten. Tempelhofer Ufer 82 brannte am Sonntagmittag der Fuhboden und die Balkenlage, während Prinzenstrasse 23 Gardinen und Möbel in Flammen aufgingen. In der Nacht zum Sonntag wurde der öffentliche Feuermelder in der Chorinerstraße tödlich gezogen. Der Täter ist leider wieder nicht ermittelt worden. Sonnabendabend 8 Uhr kam in der Alexandrinenstraße 119 ein sehr gefährlicher Brand in der chemischen Fabrik von Kroner zum Ausbruch. Das im Dachstuhl ausgekommene Feuer drohte auf die unteren Stockwerke überzuspringen, wo große Vorräte von Celluloid und andern explosiblen Stoffen lagerten. Es gelang indes der Wehr, den Brand mit zwei Schlauchleitungen, die über eine mechanische Leiter geführt wurden, zu lokalisieren. Der verursachte Hauschaden ist beträchtlich. Kellerbrände beschäftigten die Wehr am Sonntag in der Mühlstr. 8 und Grenadierstr. 42. In beiden Fällen brannten Lumpen, Wäsche und Möbel. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach der Wallstr. 88a und Sellenstr. 11, die jedoch auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

#### Aus den Nachbarorten.

**Ungünstig erklärt** wurde gestern das Stadterordneten-Mandat unseres Genossen, des Maurers Dämmig in Schöneberg, und der bürgerliche Gegenkandidat Schlind als rechtmäßiger Vertreter anerkannt. Gegen diesen Beschluß wird von unsren Genossen Protest und Klage eingeleitet werden.

**Eine Deputation der Rixdorfer Straßenhändler**, unter Führung des Händlers Stein, ist beim Rixdorfer Polizeipräsidenten v. Glatenapp vorstellig geworden, um eine Milderung in der Handhabung des Straßenhandels-Verbotes zu erzielen, das seit dem 11. d. Mis. in Kraft ist. Der Polizeipräsident empfing die Deputation wohlwollend, ließ sich eingehend über die Notlage der Händler berichten und gab den Vertretern der Straßenhändler den Rat, sich nochmals mit einer genauen Darstellung des Sachverhalts an die städtischen Behörden zu wenden. Auch soll der Präsident die Zufriedenheit gegeben haben, daß die bereits wegen Uebertretung des neuen Straßenreglements ergangenen Straf anzeigen bezw. Strafmandate vorläufig bis nach Erledigung der Petition ruhen sollen.

**Die Arbeitslosigkeit.** Als gestern auf dem auch von uns abgedruckten Aufruf der Rixdorfer Kanalbau-Verwaltung hin sich die Beschäftigungsuchenden zu melden hatten, stellte sich durch die vorgenommene Zählung heraus, daß 2800 Arbeiter in der Hoffnung, Beschäftigung zu erhalten, erschienen waren. Gebrauch wurden, wie uns mitgeteilt wird, nur 250 Arbeiter!

**Aus Wilmersdorf** wird uns berichtet: Der Arbeiter Hr. K o a d war angeklagt worden, in einer Volksversammlung die Erörterung der Wohnungsnot den Anführer unserer Vorortbesiedlung zu haben. Das Schöffengericht verurteilte ihn dafür zu 4 Wochen Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. — In das für die Gemeinde neu gemietete Haus Gasteierstr. 11 sind gestern zunächst die Steuerbureau verlegt worden. — Die neueste Staatsverteilung hat die Firma Markiewicz, welche in Wilmersdorf den Säulenanschlag gepachtet hat, zu Wege gebracht. Am Montag fand in Wilmersdorf eine Protestversammlung gegen die Handhabung der Gemeinde-Vertretung im Orte statt mit der Tagesordnung: „Die Nichterfüllung der neu gewählten Gemeinde-Vertreter. Disziplin. Verchiedenes.“ Die Firma „Markiewicz“ teilte am Sonntag unserem Genossen Hey als Einberufer mit, daß die Plätze zur Verammlung nicht zum Ausschlag gelangen könnten, weil sie einen Protest gegen die Gemeinde-Vertretung enthielten! Somit wäre Wilmersdorf gerettet. Jedoch hat die Versammlung auch ohne Mitwirkung der Firma stattgefunden und sich bei der augenblicklich herrschenden Stimmung im Ort zu einer sehr imposanten Kundgebung gehalten.

**In der Angelegenheit des Richtersfelder Kreis-Krankenhauses** teilt das „Veltower Kreisblatt“ mit: „Die Kritik der ärztlichen Leitung und Versorgung des Kreis-Krankenhauses in Groß-Richtersfelde, wie solche auf dem Kreisstage vom 18. Dezember 1901 von einem Steglitzer und einem Richtersfelder Abgeordneten geübt wurde, hat naturgemäß die Kreisverwaltung wie die staatliche Aufsichtsbehörde zu einer besonders sorgfältigen Prüfung und Beaufsichtigung der herrschenden Zustände veranlaßt. Das Ergebnis dieser Prüfung wird zweifellos im März gelegentlich der Vorlage des Etats und des Verwaltungsberichts an den Kreisstag amtlich bekannt gegeben werden. Zur Verhütung aber aller beteiligten Kreise dürfen wir auf Grund authentischer Information schon heute konstatieren, daß diese Prüfung, insbesondere auch die des staatlichen Regierungs-Medizinalbeamten, lediglich ergeben hat, daß die ärztliche Leitung und Versorgung, die Pflege, die Behandlung und die Beföstigung in dem Kreis-Krankenhause allen Anforderungen der modernen Gesundheitswissenschaft vollkommen entspricht.“

**Umfangreiche Metalldiebstähle** sind in den königlichen Eisenbahn-Verkäufen zu Potsdam in der letzten Zeit entdeckt worden. In dem Materialenlager der Werkstätten wurden auch eine größere Anzahl Messinglager aufbewahrt, welche der deutschen Speisewagen-Gesellschaft zu Charlottenburg, die ihre defekten Wagen stets zur Reparatur nach Potsdam bringt, gehören. Hieron wurden kürzlich nun etwa 30 Centner vermisst. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß in einer Nacht einige Personen auf dem Grundstück des Restaurants „Zur alten Linde“, Alte Königsstraße 13, das an den Hof der Eisenbahn-Verkäufe angrenzt, in verdächtiger Weise sich zu schaffen gemacht hatten. Ein Mann wurde von einer Hausbewohnerin auf dem Dach eines Gebäudes bemerkt, es ist wahrscheinlich, daß mit den Verhältnissen vertraute Personen die Metalllager, welche patentiert und in Belgien angefertigt sind, gestohlen haben, indem sie mit ihrer Beute den Weg über das Restaurationsgrundstück hinwegnahmen, nachdem sie die Lager schon vorher in der Nähe verstreut hatten. Die Persönlichkeiten der Diebe sind noch nicht ermittelt, doch fand die Polizei bei einer nach dem gestohlenen Gut bei einem Produktenhändler in Rowawes vorgenommenen Revision größere Quantitäten von Messingfeilspänen, die ebenfalls aus den kgl. Eisenbahnwerkstätten gestohlen sind, ferner Metall, das in der Lokomotivfabrik von Drenstein u. Koppel am Drenwitzer Bahnhof gestohlen war. Der Sohn des Produktenhändlers wurde als Hehler verhaftet.

**Selbstmord durch Erschießen** verübte am Sonnabendabend der 20jährige Kammerdiener Alfred Obß, welcher bei einem in Potsdam wohnenden Prinzen thätig war. Als sich der Prinz mit seiner Gemahlin nach Berlin zu den Hoffestlichkeiten begeben hatte, erschoss sich der junge Mann in der Villa desselben. Als Motiv zu der That wird Schwermut angegeben.

#### Geriichts-Beitrag.

Der am 19. November v. J. erfolgte Einbruch in die 63. Gemeindeschule, Wipstr. 28a, beschäftigte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Der schon mehrfach vorbestrafte Arbeiter S i m s l e war mit einem noch nicht ermittelten Komplizen, der den Spitznamen „Schlächter-Richard“ trägt, abends über die das Grundstück abschließende Mauer geklettert, hatte sich mit Einbrecherwerkzeugen den Weg weiter gebahnt und war in mehrere Klassenzimmer gedrungen. Dort hatten sich die Diebe eine ganze Anzahl halbfertiger Hemden, die zum Nähtunterricht der Schulmädchen gehörten,

mehrere Kleidungsstücke der Lehrkräften und zwei Beigen angeeignet. Die Diebe sollten sich nicht lange ihrer Beute freuen. Die Kriminalpolizei nahm aus verschiedenen Angelegenheiten Verhaftung, bei einer Almosenempfängerin, deren Wohnung Simslé kurz nach dem Einbruch mehrmals aufsuchte, Hausdurchsuchung abzuhalten und dabei konnte sie feststellen, daß die gestohlenen Sachen dort untergebracht waren und der dort wohnende Kleiner K r a l o w s k i und dessen „Brant“, die Artistin Minna L i g, Hehlerdienste verrichtet hatten. Ersterer hatte insbesondere Versuche gemacht, die Beigen zu veräußern. Simslé war des Einbruchdiebstahls geständig und wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen die beiden Hehler lautete das Urteil auf je einen Monat Gefängnis.

**Ein weiblicher Heiratsswindler.** Dumm gemacht hat die unberühmte Auguste Sperling, die gestern wegen Betruges vor der siebenten Strafkammer stand, einen Liebhaber, der da glaubte, ihr ganzes Herz zu besitzen. Sie hatte mit einem Kaufmann, der mit seiner Ehefrau in Scheidung lag, ein Liebesverhältnis angefangen, welches nach der Absicht des Mannes zur Ehe führen sollte, sobald die Scheidung perfekt geworden. Sie erklärte ihm eines Tages, daß sie die Absicht habe, ein Konfektionsgeschäft zu erwerben, um durch dessen Erträge die künftige Ehe freundlicher gestalten zu können. Ihr Anbeter fand diesen Plan durchaus vernünftig und gab der Angeklagten auf ihren Wunsch 1000 M., welche sie als Anzahlung bei dem beabsichtigten Kauf verwenden wollte. Der Bedauernswerte hatte keine Ahnung davon, daß die Angeklagte mit einem andern Manne in häuslicher Gemeinschaft lebte und der ganze Geschäftsaufbau ein von ihr erdichtetes Märchen war. Sie stand überhaupt nicht in Kaufverhandlung und hat von den 1000 M. sofort 400 M. ihrem älteren Liebhaber überlassen und den Rest für sich verbraucht. Der Gerichtshof verurteilte sie zu einem Monat Gefängnis.

#### Versammlungen.

**Eine Konferenz der Lagerhalter an Konsumvereinen der Provinz Brandenburg** tagte am Sonntag im Gewerkschaftshause. Unter den etwa 300 anwesenden Teilnehmern befanden sich als Gäste auch zahlreiche Vorstände von hiesigen und auswärtigen Konsumvereinen. Als erster Redner erläuterte Buchl-Leipzig die Minimalforderungen, die der Verband der Lagerhalter bereits auf seiner 6. Generalversammlung in Jena festgesetzt hat. Bezüglich der Geschäftszeit bekräftigte der Vortragende folgende Mindestforderungen: Einführung des Auktions-Ladenschlusses; Geschäftsschluß am Sonn- und Feiertagen; eine wöchentliche Geschäftszeit von höchstens 66 Stunden; Gewährung einer zweifünftägigen Mittagspause, während welcher die Geschäfte zu schließen sind. Daß verschiedene dieser Forderungen in den Konsumgenossenschaften noch nicht allgemein durchgeführt sind, haben nach Ansicht des Redners die Vorstände und Ausschüsse verschuldet. Die aus den Arbeiterorganisationen hervorgegangenen Institutionen müßten aber, ohne Rücksicht auf etwa entgehenden Profit, mit der Einführung des Auktions-Ladenschlusses sowie des zweifünftägigen Mittags-Ladenschlusses vorgehen. Auch sei dem Lagerhalter monatlich ein freier Tag zu gewähren. Würden die Angeklagten nicht zufriedengestellt, könne das Genossenschaftswesen nie vorwärts kommen.

Was die Gehaltsfrage anbelangt, so wurde unter Befall der Beibehaltung nach Unstimmigkeiten die Normierung eines festen Gehaltsjahres neben freier Wohnung gefordert, weil gerade die Prozentverrechnung die Ueberbürdung des Arbeitspersonals sowie die lange Verkaufszeit verurteile.

Die befriedigende Regelung des Ranko-Lagers wurde als eine Lebensfrage für die Lagerhalter bezeichnet. Aber gerade auf diesem Gebiete herrschten in den Konsumgenossenschaften die größten Uebelstände. Bei vielen Artikeln (Butter, Salmat, Fleischwaren) könne ein Lagerhalter ohne eine Pfandvergewährung von 5 Proz. nicht auskommen. Zu verwerfen sei auch die Verpflichtung des Lagerhalters zur Kautionsstellung, da letztere dem Prinzip von Arbeitsinstituten zuwiderlaufe. In Berlin habe man ja auch ursprünglich von jeglicher Kautionsabgabe, plane aber deren Einführung jetzt auch, wogegen jedoch Protest gemacht werden müsse. (Beifall.)

Nach kurzer Pause referierte E o s t -Berlin über die Ranko-Frage und Bogt -Berlin über die Einführung von Kautions in den Berliner Konsumvereinen. Beide Redner richteten, ebenso wie Buchl, scharfe Angriffe gegen die Vereinsvorstände, und namentlich war der Vorstand des Vereins Berlin-Rixdorf harten Beschuldigungen durch E o s t ausgelegt.

Vor Beginn der Generaldebatte um 5 1/2 Uhr gab der Vortragende Stiller-Schöneberg bekannt, daß der Saal um 6 1/2 Uhr anderweitig besetzt sei. Daher wurde gegen den Widerspruch der Vereinsvorstände eine Redezeit von 10 Minuten festgesetzt. Da diese Zeit aber den angegriffenen Vorständen zu kurz erschien, so verließen viele unter Protest den Saal. R i c h t e r, Vorstand des Berliner Konsumvereins, erklärte es geradezu für ungenehmlich, daß die Lagerhalter in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs mit solchen Forderungen anträten. Viele der Herren scheinen zu vergessen, unter welcher drückenden Verhältnissen sie früher gelebt hätten. Die nachfolgenden Redner stellten eine Berücksichtigung der Forderungen in Aussicht. Zu großer Erregung kam es in der Versammlung, als Schumann die gegen den Verein Berlin-Rixdorf und ihn persönlich gerichteten Angriffe als Vorstandsmitglied zurückwies. Die Versammlung schwebte in Gefahr, aufgelöst zu werden, wenn nicht der Vorsitzende schnell eine Vertagung herbeigeführt hätte. Gegen 10 Uhr endeten die persönlichen Auseinandersetzungen mit Schluß der Versammlung, nachdem vorher folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die Konferenz der Lagerhalter erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und ersucht dringend die Verwaltungen, die gegenwärtigen Mindestforderungen des Lagerhalter-Verbandes zur Durchsührung zu bringen. Für diesen Zweck beauftragt die heutige Versammlung die Verwaltung der Lagerhalter-Verbande des Bezirkes Berlin in Verbindung mit den Vertrauensleuten der einzelnen Vereine, mit den Verwaltungen der Konsumvereine in Verbindung zu treten, um eine Durchsührung derselben sowie Befestigung der dringlichsten Mißstände herbeizuführen. In weiterer Erwägung, daß im allgemeinen in den Konsumvereinen eine bestimmte Grundlage zur Regelung einer Rankofrage nicht vorhanden ist, diese aber als Lebensfrage zur gedeihlichen Weiterentwicklung der gesamten Genossenschaftsfrage nur dienen kann, erscheint es als dringend notwendig, zwischen den beteiligten Faktoren Verhandlungen herbeizuführen. Im weiteren verpflichten sich die Anwesenden, überall dort, wo Kautions von ihnen verlangt sind, für Aufschaffung derselben einzutreten und mit allen geeigneten Mitteln zu bekämpfen. Die anwesenden Lagerhalter empfinden es als ein beschämendes Mißtrauen und dem genossenschaftlichen Prinzip widersprechend. Sie erwarten von den Verwaltungen, daß sie ihren bisher eingenommenen Standpunkt verlassen, um ein gedeihliches Zusammenwirken zu ermöglichen.“

**Die Versammlung der Arbeiter der Union, Aktien-Gesellschaft**, die herbeigeeilt waren, um den Bericht der am Sonntag gewählten Kommission über ihre Erfolge bei der Direktion zu hören, bot das Bild einer überfüllten Volksversammlung. Kopf an Kopf drängte sich die Menge im Saale und auf der Gallerie. Den Bericht gab Mittman als Obmann der Kommission. Am Mittwochmittag wurde die Kommission zur Direktion zur Unterhandlung beschickten, die drei Stunden in Anspruch nahm. Im Verlaufe der Unterhandlung wurde von den Arbeitern darauf hingewiesen, daß gerade in der heutigen Zeit der Arbeiter so schwer zu kämpfen hat, daß er unmöglich Lohnabzüge auf die Dauer ertragen kann. Von der Direktion wurde eingewandt, daß die Gesellschaft nicht bloß fabriziere, sondern daß sie auch eine Handelsgesellschaft sei, die fabriziere um zu verkaufen. Es seien auch Verkäufe mit Verlusten abgeschlossen, so daß Preisregulierungen bei der Herstellung vorgenommen werden müßten. Auch wurde besonders betont, daß, falls die Arbeiter mit der reduzierten achtstündigen Arbeitszeit nicht einverstanden seien, die Firma sofort 500 Mann entlassen müsse. Die Abzüge hätten nur 84 Proz. der Arbeiter betroffen. Zugestanden wurde, daß bei den schlechtesten gestellten

Arbeitsern, d. h. denen, die unter 40 Pf. haben, der Abzug aufgehoben wird. Das System des Kolonnen-Arbeitens soll auf seine Mißstände untersucht und, wenn nötig, beseitigt werden. (Stürmischer Beifall.) Im Verlaufe der Versammlung verließen die Mobilisierer, welche sich als gut organisierte Arbeiter mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht zufrieden erklären konnten, demonstrativ den Saal, um in einer besonderen Sitzung ihre Forderungen zu formulieren. Unter den Rednern sprach als letzter Karl W i e s e n t h a l als Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Der Redner wies in eindringlichen Worten auf den Wert der Organisation hin und forderte zum Beitritt in dieselbe auf. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die imposante Versammlung.

**Schöneberg.** Zu dem am 25. Januar stattfindenden Gewerbegerichts-Wahlen nahm eine am Donnerstag abgehaltene, von den hiesigen Gewerkschaften auf besuchte Versammlung Stellung. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Schuber über die am 1. Januar d. J. in Kraft getretene neue Gewerbegerichts-Novelle und nach einem Bericht der hiesigen Weisiger, deren Amtsperiode am 31. März dieses Jahres abläuft, wird seitens der Versammlung beschlossene, Beschwerte zu erheben gegen die ungesetzliche einseitige Behandlung der Weisiger zum hiesigen Gewerbegericht durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, der wohl die Arbeitgeber-, nicht aber auch die Arbeitnehmer beizugehörig zu einer Besprechung der Uebergangsbestimmungen eingeladen hatte. Sodann wurden folgende von den einzelnen Gewerkschaften vorgeschlagene Kandidaten aufgestellt: Maurer Dämmig, Schuhmacher Grundow, Zimmerer Schäfer, Zimmerer Hinrichsen, Buchdrucker Richelid, Tischler Zinner, Handels-Hilfsarbeiter Butz, Maler Grundwald, die Metallarbeiter Reiter und Seidel, die Maurer Wagans und Buchmann, Bauarbeiter Klinge und als Ersatzmann Pöhl.

#### Vermischtes.

**Das Stuttgarter Hoftheater**, eine der bedeutendsten Bühnen Deutschlands, ist in der Nacht zum Montag in Flammen aufgegangen. Ein von morgens 5 Uhr datiertes Telegramm meldet über das Ereignis:

Heute nacht kurz nach 12 Uhr brach im Dachstuhl des hiesigen königlichen Hoftheaters Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete, so daß binnen einer halben Stunde der ganze Dachstuhl in Flammen stand. Trotz eifrigster Thätigkeit der gesamten Stuttgarter Feuerwehre breitete sich das Feuer immer weiter aus. Zunächst brannte der Bühnenraum aus; alsdann griff das Feuer auf den Zuschauerraum über. Es besteht die Hoffnung, den linken Seitenbau und den oberen Theaterteil mit den Haupteingängen zu retten. Der an das Theater sich anschließende Schloßflügel ist nicht mehr gefährdet. Verlust an Menschenleben ist, so weit bekannt, nicht zu beklagen. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch unbekannt. Der König und andre Mitglieder des Königshauses verweilten mehrere Stunden auf der Brandstätte. Der Schaden ist, so weit es sich bis jetzt übersehen läßt, sehr bedeutend. Einem weiteren Umschlagreifen des Feuers ist vorgebeugt; doch dauert daselbe noch fort.

Das Feuer entstand, wie weiter gemeldet wird, durch elektrischen Kurzschluß, was daraus geschlossen wird, daß das elektrische Licht, nachdem der Brand entbrach war, verlöscht. Die nach dem königlichen Privatgarten hin gelegene Seitenwand brannte zuerst nieder. Um 4 Uhr wurde das Maschinengebäude zerstört. Auf der Brandstätte erschien die hiesige Garnison, der Minister des Innern und der Kriegsminister. Die an das Hoftheater angebauten Dienstwohnungen sind bis auf die Grundmauern vernichtet. Personen sind bei dem Brande nicht ums Leben gekommen.

**Ein Familiendrama.** Die „Pfälzische Presse“ in Kaiserslautern meldet aus Obermoschel: In dem Hause des Kaufmanns Rosimir Schmidt II. wurden dessen Frau, vier Kinder und die Magd durch Kohlenoxydgas vergiftet aufgefunden. Schmidt wurde als der absichtlichen Vergiftung verdächtig in Haft genommen.

**Der gestrandete Dampfer „Offenbach“.** Aus Amuden wird telegraphiert: Weder Sonnabendabend noch Sonntagfrüh bei Hochflut ist es gelungen, den großen Dampfer „Offenbach“ flott zu machen. Man hat denn auch alle Versuche eingestellt, weil das Schiff zwischen einer Sandbank und dem Strande festliegt. Der Dampfer hat sehr gelitten, das Steuer, sowie der Steuerkasten ist verdorben. Die Wannen des Vorderdeckes sind eingedrückt. Augenblicklich steht schon 4 Fuß Wasser im Vorräum. Glücklicherweise ist das Wetter ruhig, so daß man hoffen kann, die Ladung, die einen Wert von einigen Millionen hat, noch bergen zu können. Ob, nachdem das Schiff gelichtet ist, dieses selbst noch gerettet werden kann, ist sehr zweifelhaft, da es sich tief in den Sand gebodert hat.

**Eisenbahnunfall.** Im Centralbahnhof in München überfuhr Sonntagvormittag ein einlaufender Personenzug die gewöhnliche Haltestelle, sodas die Lokomotive auf den Freiloch stieß, welcher allmählich dem Anpralle stand hielt; der Lokomotivführer und ein Fahrgast wurden leicht verletzt, der Materialschaden ist geringfügig.

**Aus Prag** wird berichtet: Sonntagnachmittag brach im ärarischen Juliuschacht bei Rospitz ein Streckenbrand aus. Da der Brand nicht gelöscht werden konnte, mußte die ganze Grube abgesperrt werden. Die Verhältnisse bei dem Jupiterchachte sind nach einem Bericht vom Montag unverändert; die Räumungs- und Sicherungsarbeiten in der Grube werden noch geraume Zeit beanspruchten, so daß voraussichtlich erst in einer Woche, oder vielleicht noch später, behufs Bergung der Vermissten wird weiter vorgedrungen werden können. — Ein in dem zur Zeit außer Betrieb stehenden Guido-Schachte ausgebrochener Streckenbrand wurde bald bewältigt.

**Zu Kolberg** haben sich der 19jährige Knabe Wilhelm Reiche und dessen 14jährige Schwester, angeblich aus Furcht vor Strafe, in die Perante gestürzt und sind ertrunken.

**Zu Breslau** hat sich der Oberleutnant v. Salisch aus Krieg Sonntagnachmittag in einer Drochke erschossen.

**In Porto Alegre** ist B u b o n e n y e s t festgesetzt. Die familiäre Lage giebt aber zu Besorgnissen keinen Anlaß.

**Aus Barcelona** wird gemeldet: Die Zahl der bei der Explosion in der Spinnerei in der Nähe von Manresa Getöteten beträgt 80, etwa 100 Personen erlitten Verletzungen. — Von den bei der Explosion in der Nähe von Manresa Verunglückten sind bisher 16 Tote geborgen; die Verwundeten wurden nach dem Hospital von Manresa gebracht. Die Hälfte des Dorfes Puente de Vilamara, in welchem sich die zerstörte Fabrik befand, liegt in Trümmern.

**Zu Belfast** stürzte Montag plötzlich die Seitenmauer der Smithfeldschen Flachspinnerei ein; die Fußböden in zwei Stockwerken wurden mit in die Tiefe gerissen. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen der Haspelräume liegen unter den Trümmern; bisher sind zehn tot hervorgezogen worden.

**Aus Ungarn.** In dem der Hauptstadt Budapest nahen Kleben Nagy-Nata wurde der Grundbesitzer Löwinger, dessen Frau, eine Tante und ein Dienstmädchen gestern von drei Bauern im eignen Hause zwecks Veranlagung angefallen und mit Schüssen und Messerstichen in furchtbare Weise mißhandelt. Frau Löwinger ist ihren Verwundungen bereits erlegen; der Zustand der andern Personen ist bedenklich. Die Raubmörder wurden von herbeieilenden Nachbarn festgenommen.

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 21. Januar 1902.**

Zunächst etwas wärmer, meist trübe mit Niederschlägen und starken, zeitweise stürmischen westlichen Winden; später ausflauen und etwas kühler.